Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 108 — Montag, den 11. Mai 1931 — 6. Jahrgang

Pläne für Genf.

Curtius antwortet auf die letzte Kammerrede Briands.

Das deutsch-österreichische Zoll-Unions-Projekt wird im Laufe dieser und der nächsten Woche im Mittelpunkt der Genfer Beratungen stehen. Zwar beginnt die Ratstagung erst in der nächsten Woche. Curtius und sein Stab aber reisen schon am Mittwoch nach Genf, um Vorberatungen zu pflegen.

Reichsaußenminister Curtius hat nun am Sonnabendabend gleich die Gelegenheit ergriffen, um auf die Kammerrede Briands vom Freitag zu antworten. Auf einem Bankett der ausländischen Presse, bei der auch die Mitglieder des diplomatischen Korps anwesend waren, ging Curtius auf die deutsch-österreichische Zoll-Union ein.

Zunächst sprach der Minister über die Aufgaben der Presse und die Behandlung der öffentlichen Meinung. Der Kern der journalistischen Arbeit, so führte der Minister aus, bestehe darin, sich an das Tatsächliche zu halten. Das gelte auch für die deutschösterreichische Zollunion. Sachliche Erwiderungen auf die Rede Briands in der französischen Kammer und auf die Ausführungen Beneschs behielt sich Dr. Curtius für die Genfer Beratungen vor.

Die Vorwürfe über die Form des Vorgehens der deutschen und österreichischen Regierung bei der Veröffentlichung des Planes wies er, wie schon in seiner Reichsratsrede, erneut zurück. Er begrüßte Briands Hinweis auf den

rein wirtschaftlichen Charakter

des deutsch-österreichischen Planes. Die wirtschaftlichen Nöte, die Oesterreich getrieben hätten, seien von dem österreichischen Vizekanzler in den letzten Tagen eingehend dargestellt worden. Deutschland stände unter der Geißel der fürchterlichsten Arbeitslosigkeit und dem Druck schwerster Reparationen.

Für unsere Arbeit, Markterweiterung sei das Ziel, das wir anstrebten. Die Auffassung, daß wir Machtpolitik mit unserem Planverfolgten, zeuge von völliger Verständnislosigkeit für die Lage der Volkswirtschaft der beiden Länder. Die Unabhängigkeit Oesterreichs werde durch die Verfassung der Zollunion nicht beeinträchtigt. In welchen Punkten eine Verletzung der Verträge und des Genfer Protokolls vom Oktober vorläge, sei von den Gegnern des Planes nicht erörtert worden. Natürlich gehe es nicht an, die Rechtsfrage durch Erwägungen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und politischer Wünsche zu verdunkeln. **Die Delegation werde ebenso wie die österreichische in Genf alle anderen Vorschläge und alle umfassenden Pläne für die Sanierung der europäischen Wirtschaft begrüßen,** und sich an ihnen Arbeiten intensiv beteiligen. Er habe wiederholt seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß neben regionaler Verständigung zusammenfassende Pläne für zentrale Aufgaben erwünscht seien. Er bedauere nur, daß das französische sog. Gegenprojekt der deutschen Regierung nicht auch bereits zugänglich gemacht wäre wie offenbar den Regierungen der Frankreich besonders nahestehenden Länder.

Deutschland sei auf das stärkste an einem friedlichen Ausgleich aller Spannungen, einer Hebung der Wirtschaftslage in der ganzen Welt und einer fortschrittlichen gleichberechtigten Entwicklung der Völker interessiert.

Gutes Echo aus Paris.

„Die Tür steht offen zu Verhandlungen".

Paris, 11. Mai. Die Rede des deutschen Reichsaußenministers Dr. Curtius, besonders die darin ausgesprochene Bereitschaftserklärung, daß Deutschland in Genf jeden Gegenvorschlag mit Wohlwollen prüfen werde, wird in der französischen Presse außerordentlich günstig aufgenommen. Lediglich einige nationalistische Zeitungen äußern sich weiterhin aggressiv.

Die „Paris Midi" begrüßt die Aussicht auf eine Verschmelzung der Zollunion mit dem Projekt Briands als „Silberstreifen am Horizont". Und sogar die nationalistische „Liberte" erklärt: „Die Tür steht offen zu Verhandlungen, die vielleicht schon zwischen den Kanzleien begonnen haben. Man muß sich ohne Reserve über die glückliche Aenderung freuen, denn die Genfer Tagung wird vielleicht doch die engültige Bildung der Europa-Union bringen."

Briands Plan.

Eine englische Darstellung.

Der Pariser Korrespondent des „Evening Standard" meldet, er sei in der Lage, die autoritativen Grundlinien des Planes mitzuteilen, den Briand am 15. Mai in Genf dem Völkerbundsrat unterbreiten werde, um den Plan der deutschen Regierung für eine österreichisch-deutsche Zollunion zu ersetzen.

Frankreich sehe den deutschen Plan als einen Schritt zum Anschluß Oesterreichs an Deutschland an, der nach Ansicht der französischen Politiker unvermeidlich zu gefährlichen Verwicklungen mit den Nachbarn Deutschlands und den Alliierten Frankreichs führen müsse. Briands Plan wolle die Errichtung der „Vereinigten Staaten von Europa".

Der Plan bestehe aus zwei Teilen: einem landwirtschaftlichen und einem industriellen: Unter der

landwirtschaftlichen Vereinbarung

würden sich die industriellen Staaten, nämlich Deutschland, Frankreich, Belgien, die Tschechoslowakei, Italien u. möglicherweise Großbritannien bereit erklären, den Ueberschuß an Getreide der Landwirtschaftsstaaten, nämlich Ungarns, Rumäniens, Jugoslawiens, Bulgariens und Polens, aufzunehmen, wobei das Getreide diesen Ländern gemäß ihrer Aufnahmefähigkeit unter einem Präferenztarifsystem zugewiesen werde. Es werde behauptet, daß der Ueberschuß dieser europäischen Getreideländer nicht so beträchtlich sei, daß er die Ueberseegetreideexportländer, wie Kanada, die Vereinigten Staaten oder Argentinien, ernstlich in Mitleidenschaft ziehen würde. Als besondere Zugeständnisse an diese Ueberseeländer sollen die europäischen Landwirtschaftsstaaten ersucht werden, ihre Tarife für gewisse Fertigwaren herabzusetzen.

Die industriellen Vorschläge

sollen dahin gehen, daß sich die industriellen Staaten Europas bereit erklären, einer Produktionsbeschränkung und Zuweisung von Arbeiten zuzustimmen.

Durch das Internationale Arbeitsamt in Genf sollten sie der allgemeinen Einrichtung eines

Arbeitstages, der kürzer als acht Stunden sei, zustimmen.

Schließlich würde eine Herabsetzung und Nivellierung der Tarife erfolgen. Internationale Vereinbarungen müßten abgeschlossen werden über Kredite sowohl für die Industrie als auch für die Landwirtschaft.

Der Korrespondent bemerkt, es werde allgemein angenommen, daß die „kleine Entente" den Briand-Plan grundsätzlich billigen werde. Die Haltung Großbritanniens und Italiens sei jedoch etwas unklar.

Severing in Wiesbaden.

Im Theater der Zehntausend, dem Festplatz im Eichenwald, fand am Sonntag eine große republikanische Kundgebung statt mit Minister Severing als Redner, dem man einen stürmischen Empfang bereitete. Nach dem Einmarsch des Reichsbanners wurde die von der Jungmannschaft getragene riesige Reichsflagge im Mittelpunkt der Arena gehißt. Severing erinnerte an den 10. Mai vor 60 Jahren, an dem man in Frankfurt den Frieden mit Frankreich unterzeichnete. Auch heute feierten die Republikaner ein Friedensfest, denn sie seien überzeugte Friedensfreunde. Dem Frieden von damals gegenüber könne der Vertrag von Versailles nicht als Friedensvertrag anerkannt werden, nur als ein Diktat. Die innerpolitischen Gegner der Republik wiesen mit Unrecht zum Vergleich auf die Staatsmänner von damals hin, denen es gelang, die inneren Verhältnisse zu konsolidieren und die deutsche Wirtschaft zum Blühen zu bringen. Die Staatsmänner von heute würden mit der Kriegsentschädigung und ohne die unpopulären Steuern etwas ganz anders geschaffen haben als damals Bismarck. (Starker Beifall.) Es gebe keinen Retter, nur das Volk selbst müsse es sein, das Volk müsse aufbauen. Man gehe in den Kampf um Preußen ehrlich und mit offenem Visier; man scheue einen leidenschaftlichen Kampf mit einem ehrlichen Gegner nicht. Aber die Nationalsozialisten trügen eine Maske und hätten mit ihrem Dienst für Junker und Fürsten es verwirkt, im Arbeiterlager als ehrliche Gegner der Marxisten eingeschätzt zu werden. Die Republikaner hätten den Glauben an die Zukunft, der in diesem Kampf mit ihnen sei. Der fehle den Gegnern.

Mit einem Appell an die Republikaner zur unbedingten Einigkeit schloß der Minister unter großem Beifall seine Rede. Die Kundgebung nahm einen sehr stimmungsvollen Verlauf und erfüllte ihren Zweck, ein frischer Auftakt zu den kommenden Landtagswahlen zu sein.

Brüning-Rede.

Beim Oldenburger Wahlkampfe.

Oldenburg, 11. Mai. (Eff.) Das kleine südoldenburgische Städtchen Kloppenburg stand am gestrigen Sonntag abend im Zeichen einer Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning. In der Markthalle hatten sich mehr als 9000 Zuhörer eingefunden. Sie waren aus dem ganzen Lande zusammengeströmt. Der Reichskanzler äußerte sich u. a. dahin, daß er von sich aus bereits ängst vorgeschlagen hätte, die Rechte einmal allein regieren zu lassen, wenn man sozusagen Experimente in der Politik in einem Laboratorium machen könne. Aber da man die Schäden, die in diesem Falle eintreten würden, nicht so leicht wieder gut machen könnte, so werde man es nicht anders machen können, als daß die Regierung den schweren Weg sachlicher Arbeit allein weiter gehe und dann die Parteien vor die Verantwortung und Entscheidung stelle. Dabei gebe es kein Schielen nach rechts oder links.

Brüning äußerte sich dann noch zu einer ganzen Reihe innen- und außenpolitischen Fragen. Wenn man glaube, Erfolge in der Reparationspolitik zu haben, bevor man das eigene Haus in Ordnung gebracht habe, dann täusche man sich ganz gewaltig. Diejenige Regierung wäre verantwortungslos, die den an sich als notwendig anerkannten Schritt zur Senkung unserer Reparationslasten unternehme, ohne gleichzeitig die Grundlage dafür zu schaffen, daß der schwierige Kampf um die Höhe der Reparationen durchgehalten werden könne.

Das Polizeiverwaltungsgesetz.

Von Ernst Hamburger, M. d. R.

Der Preußische Landtag hat in der Nacht von Freitag zu Sonnabend die Beratung des Polizeiverwaltungsgesetzes in zweiter Lesung beendet. Das Gesetz bringt nicht, wie die Kommunisten glauben machen wollen, eine „ungeheuerliche Verstärkung der Polizeigewalt in Preußen". Es ist, wie die folgende sachliche Darstellung erweisen wird, im wesentlichen ein Verwaltungsgesetz, in dem die Organisation der Polizeibehörden und die Mittel geregelt werden, deren sie sich gegenüber dem Publikum zu bedienen haben; weiter werden die Rechtsmittel des Publikums gegen diese Maßnahmen und die allgemeinen Grundsätze festgelegt, die bestimmen, welche Beschränkungen sich der einzelne im Interesse der Gesamtheit durch die Polizei gefallen lassen muß.

Natürlich gibt es für alle diese Dinge bereits Bestimmungen, die in Gesetzen und Verordnungen niedergelegt sind. Aber das preußische Polizeirecht ist mit einem überaus ehrwürdigen Alter in die Republik übernommen worden. Erst kürzlich hat der Landtag eine Anzahl von Polizeistrafgesetzen aufgehoben, die bis ins 16. Jahrhundert zurückreichten und nichts destoweniger von einem Kammergericht in einzelnen Bestimmungen noch für gültig erklärt worden sind, sodaß tatsächlich der Gesetzgeber selbst mit diesem Unfug aufzuräumen genötigt war. Auch in dem Polizeiverwaltungsgesetz werden Bestimmungen zusammengefaßt, die sich über fast 150 Jahre erstrecken. Vom Allgemeinen Landrecht von 1794 an, über Gesetze und Verordnungen, die sich durch das ganze 19. Jahrhundert durchziehen bis zu Sonderregelungen, die kurz vor dem Kriege erlassen worden sind, ist das geltende Polizeirecht weithin zersprengt und zerstreut. In ihm sich zurechtzufinden, ist für den Professor der Rechte mühsam, für den Rechtsstudenten eine Last, für den Polizeibeamten eine Qual und für den Staatsbürger eine Unmöglichkeit.

Das Polizeiverwaltungsgesetz will durch die Sammlung des geltenden Polizeirechts auf den oben genannten Gebieten die Rechtsunsicherheit beseitigen, die durch diese Zustände entstanden ist und gleichzeitig mit dem Wust überholter Bestimmungen aufräumen. Die Schaffung größerer Rechtssicherheit dient nicht so sehr den einzelnen Polizeiorganen wie denjenigen, die mit ihnen in Berührung kommen. Denn Rechtsunsicherheit schädigt immer den Schwächeren und das ist gegenüber dem Staate der Einzelne oder sind Gruppen von Einzelnen in ihren Beziehungen zu staatlichen Organen. Deswegen hat auch die Arbeiterschaft an dieser Sammlung und Sichtung des Rechts ein lebhaftes Interesse.

Bei der Schaffung eines solchen Gesetzes darf nie vergessen werden, daß es voraussichtlich für eine lange Dauer Geltung haben wird. Wenn dieses Polizeiverwaltungsgesetz im Landtag angenommen sein wird, so wird es vermutlich Machtverhältnisse überdauern, wie sie heute in Preußen und Machtverhältnisse wie sie im Reiche bestehen, und wird manche wechselnden Perioden politischer Machtverteilung an sich vorüberziehen sehen. Die Sozialdemokratie in Preußen wäre also schlecht beraten gewesen, wenn sie das Gesetz allein auf die Tatsache hätte abstimmen wollen, daß zur Zeit der Preußische Ministerpräsident, der Preußische Minister des Innern und eine Reihe von Trägern der Polizeigewalt in den Bezirken und Ortspolizeibehörden Sozialdemokraten sind. Die Sozialdemokratie war zwar entschlossen, der Polizeigewalt für normale Zeiten ausreichende, aber nicht übertriebene Befugnisse zu geben; für außergewöhnliche Zeiten sind ja, wie wir es jetzt erleben, reichsrechtliche Erweiterungen in wahrhaftig nicht geringem Maße möglich. Die Sozialdemokratie hat daher auch den Gedanken der Sicherung der Freiheit des Einzelnen gegen Uebergriffe der Polizei bei der Gestaltung des Gesetzes sehr stark betont.

An wichtigen neuen Bestimmungen bringt das Gesetz vor allem eine starke Einschränkung des Polizeiverordnungsrechts. Preußen war noch bis vor kurzem mit einem engmaschigen Netz von Polizeiverordnungen überzogen, deren Zahl von Sachkennern vor einigen Jahren auf 1 Million geschätzt wurde. Hier hat schon im Verwaltungswege das Ministerium des Innern kurzer Hand alle über 30 Jahre alten Verordnungen außer Kraft gesetzt. Das Gesetz nimmt in Zukunft den kleinen Polizeiverwaltern in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern das Polizeiverordnungsrecht überhaupt, sodaß in Zukunft nur noch etwa der 10. Teil der bisherigen Polizeiverwalter Verordnungen erlassen dürfen. Dem Uebermaß an unnötigen und schikanösen polizeilichen Vorschriften wird dadurch ein Ende bereitet werden. Nach dem Gesetz sollen Polizeiverordnungen kurz befristet sein, sie dürfen nicht über 30 Jahre alt werden.

Für die Uebertretung von Polizeiverordnungen wird in Zukunft ein „Zwangsgeld" festgesetzt. Das Polizeiunrecht, das dadurch geahndet wird, ist nicht das gleiche, wie ein kriminelles Unrecht. Wer in Zukunft wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung bestraft wird, hat zunächst das Recht der Beschwerde bei der übergeordneten Instanz und das Recht der Klage gegen diese beim Bezirksausschuß und der Revision beim Oberverwaltungsgericht. Das bisherige umständliche Verfahren mit mehreren Beschwerden — und mehreren Klagestellen ist beseitigt. Polizeiliche Strafverfügungen können also nicht mehr zu Vorstrafen führen. Die Zahl der wegen Lappalien Vorbestraften wird sich damit erheblich vermindern. Auch eine bedeutende Entlastung der Gerichte, eine kleine Justizreform wird damit geschaffen.

Der Landtag hat an dem Gesetzentwurf eine Reihe von Verbesserungen vorgenommen. Er hat die Rechte der Kommunen gegenüber der Polizei an einzelnen Punkten gestärkt, die Strafhöchstgrenzen für das Zwangsgeld und die Zwangshaft herabgesetzt; er hat besonders auch die Bestimmung des Gesetzentwurfs begrüßt, daß die Zwangshaft, wenn das Zwangsgeld nicht beizutreiben ist, durch Arbeit für eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband abgewendet werden kann; dem Unfug der kurzen Freiheitsstrafen soll

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310511-16/fragment/page=0001

weiter gesteuert werden. Von einem polizeilichen Eingreifen wegen Nichtbefolgung einer Polizeiverordnung ist abzusehen, wenn kein schutzwürdiges Interesse verletzt wird. Bestrafung ohne besondere Androhung soll nur erfolgen, wenn jemand absichtlich oder fahrlässig eine Polizeiverordnung verletzt.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion sieht in dem Gesetz eine Verbesserung des bisherigen Zustandes und wird ihm daher auch in der 3. Lesung zur Annahme verhelfen.

Verwahrloster Kampf.

Kommunistischer Ueberfall auf Sanitäter. — Ein Todesopfer.

Chemnitz, 11. Mai. (EF). In der Nacht zum Sonntag kam es auf der Burgstädter Landstraße bei Limbach zu schweren Zusammenstößen. Ein Mitglied des „Roten Kreuzes" wurde auf der Stelle getötet. Mehrere Personen wurden verletzt. Die Polizei nahm noch in der Nacht zum Sonntag 150 Kommunisten fest, die sich in Limbach in zwei Lokalen aufhielten.

In der Nacht zum Sonntag gegen 1 Uhr früh befand sich eine Taurarer Sanitätskolonne, die bei Wüstenbrand eine Nachtübung abgehalten hatte, im Kraftwagen auf der Heimfahrt. Zwischen Limbach und Kreuzeiche wurde der Wagen plötzlich aus einem Wald heraus beschossen. Ein Schuß ging einem der auf dem Lastwagen sitzenden Sanitäter durch Herz und Lunge. Der Tod trat auf der Stelle ein. Ein Sanitäter wurde durch einen Schulterschuß schwer verletzt. Die Täter flohen nach dem Limbacher Turnerheim, einer bekannten kommunistischen Hochburg. Die Polizei umstellte bald nach dem Vorfall das Haus und nahm eine eingehende Durchsuchung vor. Sie fand u. a. sechs scharf geladene Revolver.

Der Ueberfall galt offenbar der „Brigade Chemnitz" der Nationalsozialisten, die am Sonnabend und Sonntag in Limbach ein Treffen abhielt. Im Verlauf dieser Veranstaltung kam es wiederholt zu Zusammenstößen mit Kommunisten. Ein Kommunist erhielt einen schweren Stich in die Schulter.

Die Ermittlungen der Polizei nach den Tätern sind bisher ergebnislos verlaufen. Am Sonntagnachmittag wurde im Limbacher Konsumverein der unter kommunistischer Leitung steht, eine Haussuchung vorgenommen. Wie es heißt, wurden mehrere Stich- und Hiebwaffen gefunden.

Polizei und Nazis.

Ein Skandal in Chemnitz.

In Chemnitz ist durch die Aufmerksamkeit wachsamer republikanischer Polizeibeamter ein Polizeiskandal aufgedeckt worden, der eine enge Zusammenarbeit von Polizeioffizieren mit der nationalsozialistischen Partei enthüllt.

In der Kaserne der Schutzpolizei in Chemnitz war schon seit einiger Zeit beobachtet worden, daß zwei junge Burschen des öfteren Kübel mit Essen aus der Küche der Kaserne forttransportierten. Dieser Tage wurden die beiden Essenholer von wachehabenden Beamten gestellt. Die Untersuchung ergab, daß die beiden jungen Leute das Essen für Nazi-Bereitschaften abholten. Die beiden Essenholer selbst sind Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, desgleichen der Küchenoffizier, ein Oberleutnant Bayer. Es ist also kein Wunder, daß die Untersuchung nicht vom Fleck kommt. Bisher ist lediglich festgestellt worden, daß die Angaben der nationalsozialistischen Essenholer über ihre Personalien nicht stimmen.

Vielleicht hängt die polizeiwidrige Führung der Untersuchung auch damit zusammen, daß, wie jetzt bekannt geworden ist, eine ganze Anzahl Offiziere der Chemnitzer Schutzpolizei eingeschriebene Mitglieder der nationalsozialistischen Partei sind. Die verantwortlichen Stellen haben bisher zu den auffehenerregenden Feststellungen geschwiegen.

Hitlers Paläste.

Auch eine Kaserne kauft er sich.

München, 9. Mai. (Eig. Drahtb.) Mit dem 7. Mai besitzt Hitler und seine Partei zwei Paläste. Für den Preis von einer halben Million Mark, zu dem noch erhebliche Ausgaben für den Umbau kommen sollen, wurde der Kauf des sogenannten Drechsel-Palais, das unmittelbar an den „Braunen Palacco" grenzt, endgültig abgeschlossen. Bisheriger Besitzer war die Witwe eines Papierfabrikanten.

Der Abschluß des Kaufes sollte bereits am 1. April d. Js. vollzogen werden, doch zögerte Hitler mit seiner Unterschrift wegen der Sennesrevolte, deren Auswirkungen er zunächst abwarten wollte. Ob das neuerworbene Palais als Unterkunft für die neu ins Leben gerufene Parteiführerschule verwendet wird, ist noch unbestimmt. Wie verlautet, steht die Nazileitung auch in Mietverhandlungen mit einer Münchener Autohandelsfirma, der ein großer Teil der Räume der alten Reiterkaserne im Zentrum der Stadt gehört. Hitlers militärischer Befehlshaber, der bolivianische Oberstleutnant Röhm, hat es auf diese Räume abgesehen, weil zu ihnen ein hoch ummauerter Kasernenhof gehört, der ihm für bestimmte Uebungen der auszubildenden Nazifüherer besonders geeignet erscheinen soll.

Offenbar will Hitler auf dem Kasernenhof Uebungen in „Legalität" abhalten lassen.

Die internationale Wirtschaft.

Die Tagung der Internationalen Handelskammer in Washington ist am Sonnabend beendet worden. Zum Präsidenten wählte die Tagung Franz von Mendelssohn, den Vorsitzenden des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Mendelssohn, der aus Gesundheitsrücksichten nicht an der Tagung teilnehmen konnte, hat am Sonnabend mit Hilfe der Radiotelephonie von Berlin aus eine Ansprache an die Washingtoner Konferenz gehalten, in der er darauf hinwies, daß sich die Wirtschaft jedes Landes der Verpflechtung mit der Wirtschaft anderer Länder bewußt sein müsse und es keine Methoden gebe, wirtschaftlichen Wohlstand dauerhaft in einem Lande zu isolieren. Eingesperrter Kapitalsreichtum verdorre und nur der Reichtum, der fruchtbaren, aber ausgetrocknetem Boden zugeführt wird, werde fruchtbar im Rückstrom. Das gelte besonders für Europa, das noch immer und mehr als früher in wirtschaftlichen Absperrungen und Abgrenzungen verharre, die zu Kapitalverlusten und zur Arbeitslosigkeit führen müssen.

Die Tagung nahm in ihrer Schlußsitzung noch eine Entschließung über die wirtschaftlichen Situationen der Welt an, in der darauf hingewiesen wird, daß die übermäßigen Rüstungsausgaben, die wesentliche Ursache der hohen Steuern und der wirtschaftlichen Notlage sind, die Wirtschaftskrise verschärfen. Ueber die Reparationen und interalliierten Kriegsschulden heißt es, daß die zwischen den Völkern festgesetzten internationalen Verpflichtungen die Grundlage für den Bestand des internationalen Kredits und für die Ausbreitung des Handels und der Industrie seien. Das stehe aber nicht im Widerspruch mit einer objektiven Prüfung, inwieweit die internationalen Zahlungsverpflichtungen ungünstig auf den Welthandel und die wirtschaftliche Lage zurückwirkten. Die Amerikaner, die sich anfänglich gegen jede Resolution über die internationalen Zahlungsverpflichtungen sträubten, haben der Entschließung zugestimmt.

Unruhen in Spanien.

Zurückgewiesene Kundgebung der Monarchisten in Spanien.

Madrid, 11. Mai. (EF). Am Sonntagmittag kam es in der Nähe der Hauptpost zu schweren Zusammenstößen zwischen Monarchisten und Republikanern, die von den Monarchisten provoziert wurden und bis in den späten Abend zu immer neuen Kundgebungen der Republikaner führten. Im Verlauf der Demonstrationen wurden mehrere Personen verletzt und mehrere Zeitungskioske rechtsstehender Blätter verbrannt.

Als am Sonntag gegen mittag eine Gruppe von Monarchisten die an einer Wahlversammlung teilgenommen hatte, unter Hochrufen auf die Monarchie durch die Straßen zog, rief ein Chauffeur „Es lebe die Republik". Sofort fielen mehrere Monarchisten über ihn her und schossen ihn nieder. Konzertbesucher eilten dem Chauffeur zu Hilfe und drängten die monarchistischen Provokateure in ihr Vereinslokal zurück. Zugleich wurden vier Wagen von monarchistischen Führern verbrannt, darunter der Wagen des Direktors der rechtsradikalen Zeitung. Die Menge machte Anstalten, nach dem Verlagsgebäude dieser Zeitung „ABC." zu ziehen, um dort, wie aus den Reihen der Demonstranten sich ergab, das Gebäude in Brand zu stecken. Die republikanische Zivilgarde wirkte beruhigend ein. Immerhin wurden zwei Zeitungskioske, davon einer der klerikalen Zeitung „Debate", die sich in letzter Zeit wiederholt scharf gegen die Republik und die Minister geäußert hatte, verbrannt. Ein Exminister des Kabinetts Berenguer, der zufällig in eine Demonstration hineingeraten und erkannt war, wurde verprügelt.

Gegen 20 Uhr zog die immer größer und größer werdende Menge zum Innenministerium, wo der Innenminister von dem Balkon des Ministeriums herab beruhigend auf die empörte Menge einzuwirken versuchte und sie aufforderte, die Kundgebungen zu beenden und am Montag die Arbeit geschlossen aufzunehmen Unterdessen war der Straßenbahnverkehr eingestellt und auch der größte Teil der Autodroschken aus dem Verkehr zurückgezogen worden. Tausende und abertausende Menschen zogen, zum Teil mit roten Fahnen und Transparenten, in denen die Entwaffnung der Zivilgarde gefordert wurde, bis in die späten Abendstunden durch die Straßen. Ernsthaftere Zwischenfälle waren jedoch nicht mehr zu verzeichnen.

Vorbereitung der Wahlen.

Madrid, 11. Mai. (EF). Am Sonnabend und Sonntag wurde in Spanien die Korrektur der bisher geltenden Wahllisten durchgeführt. In Madrid erfolgten allein am Sonnabend nicht weniger als 25 000 Korrekturen. Die Nationalversammlung dürfte nach amtlichen Berechnungen insgesamt 467 Abgeordnete zählen.

Prozeß gegen die Diktaturminister.

Madrid, 11. Mai. (EF). Der Generalstaatsanwalt hat sämtliche ehemaligen Minister des Kabinetts Primo de Rivera wegen Pflichtvergessenheit unter Anklage gestellt. Dagegen ist der gegen den General Berenguer eingeleitete Prozeß inzwischen eingestellt und Berenguer aus der Haft entlassen worden. Der Einstellungsbeschluß erfolgte, weil die persönliche Schuld des Generals an der Erschießung führender Republikaner bisher nicht nachgewiesen werden konnte.

Die Schule des Volkes.

Durch Bildung zur Freiheit.

Madrid, 10. Mai. (Eig. Drahtb.) Der Unterrichtsminister Marcelino Domingo äußerte sich in einem längeren Interview über die Hauptaufgaben seines Ministeriums dahin, daß die Entscheidung über die sichtigsten Fragen dem künftigen Parlament vorbehalten werden sollen. Nur in einem einzigen Punkte könne es keinen Aufschub geben. Das sei die sofortige Eröffnung möglichst vieler Schulen. Allein in Madrid könnten rund 45 000 Kinder keinen Unterricht erhalten, weil es an Schulklassen fehle! Wo aus Geldmangel keine neuen Schulen geschaffen werden können, sollen wenigstens solche provisorischen Charakters entstehen. Das größte Hindernis für diese außerordentlich wichtige Arbeit sei der schlimme Zustand, in dem die Monarchie die Finanzen hinterlassen hat. Luxusausgaben hätten keinen Raum für das Notwendigste gelassen.

Die neue spanische Schule solle eine Grundschule etwa nach deutschem Muster werden. Die Kinder der besitzenden Klassen sollten gezwungen werden, mit den Kindern der Arbeiterschaft zusammenzuleben. Aus der Grundschule werde jedem begabten Kinde der Aufstieg zur Mittelschule offen sein. Auch die höhere Schule kenne nur den kostenlosen Unterricht. Darüber hinaus beabsichtige die provisorische Regierung die Lehrmittel unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Nach Beendigung des Gymnasialunterrichts solle dem unbemittelten, aber begabten Schüler der Besuch der Universität durch freien Lebensunterhalt ermöglicht werden.

Karl Schurz 25. Todestag.

Am 14. Mai sind es 25 Jahre, daß in Newyork der deutsch-amerikanische Politiker

Karl Schurz

starb. Das Leben dieses Deutschen, der in der amerikanischen Geschichte eine große Rolle gespielt hat, ist sehr abenteuerlich. Es wurde im Jahre 1829 bei Köln geboren und war während der 1848er Revolution Student in Bonn. Hier trat er in Beziehungen zu dem Dichter Gottfried Kinkel, der bekanntlich in der deutschen Revolution auch eine hervorragende Rolle spielte und wegen seiner Beteiligung an den Aufständen in Spandau eingekerkert wurde. Kinkel selbst beteiligte sich 1849 an dem Siegburger Zeughaussturm und schloß sich den Aufständischen in der Pfalz und in Baden an. In Rastatt wurde er gefangengenommen, entkam in die Schweiz, wo er im Sommer 1850 nach dem Siege der Reaktion unter falschem Namen als Student nach Berlin ging, um die Flucht Kinkels aus Spandau herbeizuführen, was ihm unter abenteuerlichen Umständen auch im November 1850 gelang. Schurz wandte sich dann über Paris nach London, von wo er sich 1852 in Amerika einschiffte. Dort wurde er einer der einflußreichsten Führer der jungen republikanischen Partei. 1861 wurde er von Lincoln zum Gesandten in Spanien ernannt, legte aber diesen Posten nieder, um sich an den Sklavenbefreiungskriegen zu beteiligen. Er wurde bei diesen Kämpfen gegen die Südstaaten Generalmajor und Brigadegeneral. 1869 wurde er zum Bundessenator gewählt, 1877—1881 war er amerikanischer Minister des Innern. Später wurde Karl Schurz Journalist. Seine berühmten Reden und seine Bücher über Henry Clay und Abraham Lincoln haben große Verbreitung gefunden. Schurz starb am 14. Mai 1906. Eine bekannte deutsch-amerikanische Gesellschaft der sogenannten Bindestrich-Amerikaner, führt seinen Namen.

Präsident Briand?

Doumergue an siebenter Stelle.

Paris, 11. Mai. (EF.) Eine hiesige politische Monatsschrift hat bei einer Probeabstimmung über den eventl. Ausgang der am Mittwoch stattfindenden Präsidentenwahl festgestellt, daß Briand die meisten Stimmen erhalten dürfte. Der gegenwärtige Präsident würde nach dieser Probeabstimmung den siebenten Platz besetzen.

Die Hugenberger bleiben draußen.

München, 9. Mai. (Eig. Drahtb.) Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Freytagh-Loringhoven erklärte hier in einer öffentlichen Versammlung, daß die Deutschnationalen nicht in den Reichstag zurückkehren würden. Sie müßten es ablehnen Kompromisse mit der Regierung Brüning zu schließen. — Die Nazis haben bekanntlich das Gegenteil erklärt.

Gefallenen-Ehrung.

Auf dem Warschauer Militärfriedhof

wurde am Sonntag in Gegenwart des deutschen Gesandten in Polen und zahlreicher Vertreter der deutschen Kolonie ein Denkmal für die dort bestatteten etwa 2000 deutschen Soldaten enthüllt. Die Enthüllung erfolgte durch den Gesandten, Graf von Moltke, der nach einer kurzen Ansprache im Namen der Reichsregierung einen Lorbeerkranz mit einer Schleife in den Reichsfarben niederlegte Kränze überbrachten u. a. auch mehrere hohe polnische Offiziere in Namen der Warschauer Garnison.

Volksentscheid voraussichtlich Anfang August.

Der preußische Landtag wird sich voraussichtlich Ende Juni mit dem Ergebnis des Volksbegehrens beschäftigen. Da er das Verlangen auf Auflösung des preußischen Parlaments ablehnen wird, kommt es zum Volksentscheid, der voraussichtlich am 2. oder 9. August vor sich gehen wird.

Fortschritt der radikal-demokratischen Partei.

Am Sonnabend tagte in Darmstadt die seit dem Ausscheiden von vier demokratischen Abgeordneten aus der Staatspartei bestehende „Demokratische Vereinigung" Hessens. Es wurde beschlossen, der Radikal-Demokratischen Partei beizutreten. Damit ist die neue Radikal-Demokratische Partei im ersten deutschen Landesparlament vertreten. Sie kann ferner den ersten amtierenden Landesminister aufweisen, denn zu den ihr beitretenden ehemaligen Staatsparteilern gehört der hessische Minister für Arbeit und Wirtschaft, Korell.

Ein Schimpfbold verurteilt.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Schneller am Sonnabend wegen öffentlicher Beleidigung in der Presse zu 3 Monaten Gefängnis. Schneller hatte im November v. Js. in der Berliner „Rote Fahne" einen Artikel mit der Ueberschrift erscheinen lassen: „Arbeiterfaust in Zörgiebels Fresse". Wegen dieses Artikels war die „Rote Fahne" seinerzeit 14 Tage verboten worden.

Der preußische Landtag vertagte sich am Sonnabend nach Erledigung kleinerer Vorlagen auf Montag.

Das Panzerschiff „Ersatz Preußen", das am kommenden Dienstag in Kiel vom Stapel laufen soll, wird nicht den Namen Preußen, sondern „Deutschland" erhalten. Die Taufe des Kreuzers nimmt Reichspräsident von Hindenburg vor.

Graf Christian Stolberg aus dem Gefängnis entlassen. Graf Christian zu Stolberg-Wernigerode in Jannowitz, den das Hirschberger Schöffengericht wegen fahrlässiger Tötung seines Vaters, des Grafen Eberhard zu Stolberg-Wernigerode, zu neun Monaten Gefängnis verurteilt hat, hat der „DAZ." zufolge, gegen Zahlung einer Summe von 3000 Mark für den Rest seiner Strafe Bewährungsfrist auf drei Jahre erhalten. Der andere Teil der Gefängnisstrafe war als durch die Untersuchungshaft verbüßt erklärt worden.

Zum Bürgermeister von Stockholm wurde anstelle des verstorbenen Genossen Lindhagen Bürgermeister von Nykoeping Gunnar Fant, gleichfalls Sozialdemokrat, gewählt. Seine Bestätigung durch den König ist wahrscheinlich.

Störungen einer Filmvorführung. In der Nacht zum Sonntag kam es in einem Rostocker Lichtspieltheater anläßlich der Aufführung des Films „Fruchtbarkeit" zu schweren Ausschreitungen. Nazis und Studenten waren in großer Menge in und vor dem Theater erschienen und versuchten, die Filmaufführung zu verhindern. Die Kundgebungen waren so stark, daß der vorgesehene Begleitvortrag unterbleiben mußte und der Film ohne Erläuterungen lief. Ein starkes Kommando städtischer und Landespolizei nahm zahlreiche Zwangsstellungen vor und entfernte einen großen Teil der Ruhestörer aus dem Vorführungsraum. Nach Schluß der Vorstellung kam es zu lärmenden Straßenkundgebungen, so daß die Polizei sich genötigt sah, mit dem Gummiknüppel gegen die Demonstranten vorzugehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310511-16/fragment/page=0002

Neuer Vorsitzender der Historischen Reichskommission.

Prof. Dr. Meinecke,

der bekannte Historiker der Berliner Universität, wurde vom Reichspräsidenten zum Vorsitzenden der Historischen Reichs-Kommission ernannt.

Der Fahrkartenverleih vor dem Landtag.

Der nationalsozialistische preußische Landtagsabgeordnete Lohse, Altona, hat im Prozeß Franzen in Braunschweig ausgesagt, daß er dem Landwirt Guth am 13. Okt. v. Js., dem Eröffnungstage des Reichstags, seine Abgeordnetenlegitimation überlassen habe, damit dieser ungehindert auf die für die Landtagsabgeordneten reservierte Reichstagstribüne gelangen konnte. Der Geschäftsordnungsausschuß des preußischen Landtags hat jetzt einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, der dem Abgeordneten Lohse wegen dieses unerhörten Mißbrauchs seiner Abgeordnetenlegitimation die schärfste Mißbilligung ausdrückt.

Bombenattentat auf eine sozialistische Parteidruckerei in Helsingfors. Auf ein vor wenigen Wochen in den Besitz der Sozialdemo-Partei übergegangenes früheres Druckereigebäude der kommunistischen Partei wurde am Sonnabend von Lappo-Leuten ein Bombenattentat verübt. Von den drei in dem Druckereigebäude untergebrachten Bomben explodierte glücklicherweise nur eine, ohne besonderen Schaden anzurichten. Den Grund zu dem Attentat sieht man hier allgemein in der Absicht der Sozialdemokratischen Partei, in der Druckerei demnächst eine neue sozialistische Tages-Zeitung herstellen zu lassen.

Aus aller Welt

Vermißt.

Die Frau unseres Genossen Bürgermeister Stoll in Fürstenwalde.

Die Gattin des ersten Bürgermeisters von Fürstenwalde, Frau Stoll, eine Tochter unseres Genossen Heinrich Peus in Dessau, ist seit einigen Tagen spurlos verschwunden. Sie litt seit längerer Zeit an Schwermutsanfällen und es ist anzunehmen, daß sie in solchem Zustand planlos umherirrt. Frau Stoll ist am vergangenen Freitag auf dem Weg von ihrer Wohnung zum Bahnhof das letzte Mal gesehen worden.

Am Bahnhof hat sie einen von ihr vorher geschriebenen Brief in den Kasten gesteckt. Seitdem ist sie spurlos verschwunden. Sie ist etwa 40 Jahre alt, 1,74 m groß, von schlanker Figur und hat graues, fast weißes Haar. Die Kriminalpolizei in Fürstenwalde und alle Landjägerstationen nehmen sachdienliche Mitteilungen entgegen.

Zusammenstoß in der Luft.

Ueber dem Karlsruher Flugplatz sind am Sonnabend abend kurz vor 7 Uhr ein Flugzeug der Karlsruher Luftfahrtschule, das im Begriff war zu landen, und ein eben aufgestiegenes Flugzeug der akademischen Fliegergruppe in 50 Meter Höhe zusammengestoßen. In dem einen Flugzeug befanden sich der Fluglehrer Ritschele und ein Schüler Grittmann, in dem anderen Professor Steidinger, Dozent für Flugfahrwesen an der hiesigen Technischen Hochschule sowie der Fluglehrer Gruber. Die Flugzeuge sind zertrümmert, die Insassen schwer verletzt.

Riesenschwindel in Briefmarken. In Lodz (Polen) wurden 31 Personen verhaftet, die beschuldigt werden, seit längerer Zeit Riesenmengen von gefälschten Briefmarken hergestellt bzw. vertrieben zu haben. Insgesamt dürfte der politische Staat um etwa eine Million Zloty geschädigt worden sein.

Das Versteck des Selbstmörders. Ein eigenartiges Versteck wählte sich ein polnischer Gymnasiast in Dux zur Ausführung eines Selbstmordes. Er kroch in den Rauchfang eines Ziegeleiofens und vergiftete sich mit Cyankali. Nur dadurch, daß man vor Inbetriebnahme des Ofens auch den Kamin nachsah, wurde die Leiche gefunden. Die Ursache des Freitods ist nicht bekannt.

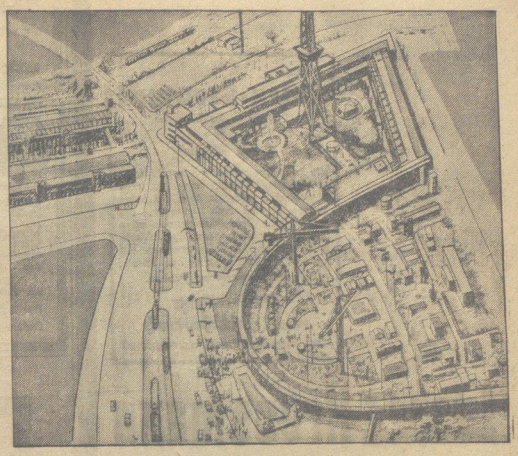
Vor dem „Nautilus"-Start. Am Sonnabend schiffte sich in Hamburg Dr. B. Villinger, der einzige deutsche Teilnehmer an der Wilkinschen U-Boot-Expedition nach dem Nordpol, nach Bergen ein. In Bergen wird Villinger mit weiteren Fahrtteilnehmern zusammentreffen. Anfang Juni soll von dort aus das Wilkins'sche U-Boot „Nautilus" nach Spitzbergen auslaufen. Der Versuch, unter der Eisdecke zum Nordpol und zur Nordspitze von Alaska zu fahren, ist für Anfang Juli vorgesehen.

Doppelter Raubmord. Zwei polnische Militärs, ein Offizier und ein Sergeant, waren beauftragt, die Gehälter und den Sold des in Sarny stationierten Bataillons des 50. Infanterieregiments, etwa 275 000 Zloty, von Kowel nach Sarny zu bringen. Zwischen den Stationen Antanowsta und Rafolowka stellte der kontrollierende Eisenbahnbeamte fest, daß das Abteil der beiden Soldaten leer war. Er bemerkte zahlreiche Blutspuren, die darauf schließen ließen, daß ein Verbrechen verübt worden war. Eine Untersuchungskommission entdeckte die Leichen später am Bahndamm, wo sie mit Erde bedeckt worden waren. Die Mörder sind noch nicht ermittelt worden.

Ungetreuer Kassierer. In Kopenhagen wurde der 31jähr. Kassierer des Schwedischen Schiffsbefrachter-Vereins Forßmann verhaftet. Forßmann wird beschuldigt, seine Arbeitgeber um 300 000 Kronen betrogen zu haben.

Deutsches Flugzeug für 150 Personen? Major Fitzmaurice, der durch seine Teilnahme am Ozeanflug der „Bremen" auch bei uns allgemein bekannte Chef des irischen Flugwesens, erklärte ihn interviewenden Korrespondenten, daß deutsche Ingenieure gegenwärtig an einem zehnmotorigen Flugzeug bauten, das 150 Passagieren Raum gewähren und für den regelmäßigen Ozeandienst durchaus geeignet sein werde.

Die Bau-Ausstellung eröffnet



Am Sonnabend wurde die Berliner Bauausstellung unter starker Beteiligung eröffnet. Vertreten sind auf der Bauausstellung, die ihren Namen Internationale Bauausstellung mit Recht führt, 22 Länder. Die beteiligten Staaten waren bei der Eröffnung durch Abordnungen vertreten. Im Rahmen der Ausstellung, die bis in den Spätsommer dauert, werden mehrere Baukongresse stattfinden.

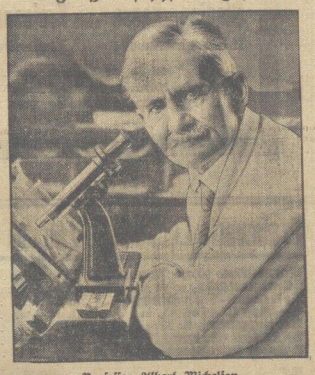
Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Sahm, nahm Gelegenheit, die Ausstellungspolitik der Stadt Berlin darzulegen. Es zeige sich, daß es recht war, auf eine langjährige Bauausstellung mit großen Hallenbauten zu verzichten. Das aufgeschlossene Freigelände und die im Rahmen der ländlichen Siedlung errichteten Baulichkeiten würden alljährlich für die Durchführung der großen landwirtschaftlichen Veranstaltung, der Grünen Woche dienen. Reichsarbeitsminister Stegerwald wies dann auf die Probleme in der Baumirtschaft hin. Nach einer Hochkonjunktur in der Baumirtschaft wisse man heute eigentlich noch nicht, ob man die vorhandenen Baustoffe richtig verwende und ob es nicht angebracht sei, bekannte Baustoffe und Bauweisen durch neuartige zu ersetzen. Dazu gehöre eine lange Erfahrung. Die Bauausstellung habe u. a. den Zweck, die bis jetzt gewonnenen Erfahrungen einem größeren Publikum zugänglich zu machen. Der Reichsarbeitsminister beschäftigte sich dann mit dem Städtebau. Hier müsse man zu Grundsätzen der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit kommen.

Der preußische Landwirtschaftsminister Steiger, dem die Ausstellung ihren interessantesten und wertvollsten Teil, die ländliche Siedlung verdankt, legte die Grundsätze dieses Teils der Ausstellung dar. Die Mittel für die Siedlung seien beschränkt. Es käme darauf an, die Gestehungskosten zu drücken. Wie weit man hier gekommen sei, zeige die Ländliche Siedlung.

Die Bauausstellung selbst ist die größte, die Berlin seit der Gewerbeausstellung im Jahre 1896 erlebt hat. Sie umfaßt 60 000 Quadratmeter Hallenfläche und 70 000 Quadratmeter Freigelände. Ueberall ist Wert darauf gelegt, das Grundsätzliche hervorzuheben. Nebensächlichkeiten sind vermieden worden. Man hat sich auch keineswegs darauf beschränkt, den Häuserbau an sich zu zeigen. Man ging weiter und hat die Grundsätze der Wohnungseinrichtung dargelegt, wie Wohnungen einzurichten sind, wie Büro- und Internatsräume auszusehen haben, das zeigt die Ausstellung. Das führt zu einer Darlegung moderner Grundrißgestaltung und zur Demonstration durch Musterbeispiele. Diese Gedanken sind auch bei der Schaffung der ländlichen Siedlung benutzt worden. Hier spielt noch die Anwendung neuen Baumaterials eine besondere Rolle.

Den großen Rahmen erhält die Internationale Bauausstellung durch die Beteiligung des Auslandes. Man hat hier eine wertvolle Sammlung von Erfahrungen zusammengebracht, die man in der Nachkriegszeit im Auslande machte. Dieser Teil der Ausstellung soll als Wanderausstellung später durch ganz Deutschland gehen.

Ein großer Physiker gestorben.



Professor Albert Michelson,

der weltberühmte Physiker, Träger des Nobelpreises von 1907, ist am gestrigen Sonntag in Passadena (Kalifornien) im Alter von 79 Jahren gestorben. Michelson ist in der ehemals deutschen Provinz Posen 1852 geboren, er studierte in Berlin und Heidelberg und war lange Jahre Professor der Physik in Chicago. Seine Arbeiten über die Geschwindigkeit des Lichtes bildeten die Voraussetzung für Einsteins Relativitätstheorie.

Einstein in London. Professor Einstein begann am Sonnabend in der Universität von Oxford Vorlesungen über seine Relativitätstheorie. Der Andrang zu der Vorlesung war so groß, daß viele der Studenten in dem großen Rhodes-Saal keinen Einlaß mehr finden konnten. Professor Einstein wurde bei seinem Erscheinen eine große Ovation bereitet. Er hielt seine Vorlesung in deutscher Sprache.

Neuer Finanzleiter der Reichsbahn.

Reichsbahndirektor Dr. Homberger

wurde anstelle des wegen Erreichung der Altersgrenze ausscheidenden Direktors Jahn zum Leiter der Finanzabteilung in der Hauptverwaltung der Reichsbahn ernannt.

Ein Grabdenkmal für Henri Dunant. Auf dem Züricher Friedhof Sihlfeld ist ein Grabdenkmal für Henri Dunant, dem Anreger der Genfer Konvention zur Milderung des Loses der Kriegsverwundeten und Mitbegründer des Roten Kreuzes, feierlich enthüllt worden.

Professor Wegener in der Arktis umgekommen. Die norwegische Hilfsexpedition, die zur Rettung der seit längerer Zeit in Grönlandeis verschollenen Wegener-Expedition aufgebrochen war, fand deren Mitglieder Georgi, Löwe und Sorge wohlbehalten auf. Hingegen muß mit dem Tode von Prof. Wegener und seinem Begleiter Rasmussen, die am 1. November die übrigen Expeditionsmitglieder in westlicher Richtung verlassen haben, nunmehr fest gerechnet werden.

Wieder Geldbriefträger-Ueberfall. Nach dem Muster des Berliner Geldbriefträgermordes wurde am Sonnabend in Mannheim ein ähnlicher Ueberfall verübt. Drei junge Leute mieteten bei einer Witwe ein Zimmer und erwarteten hier am nächsten Morgen den Geldbriefträger, den sie niederschlugen, fesselten und eines Betrages von 3000 ℳ beraubten. Vorher hatten die Täter die Wirtin in ein anderes Zimmer gelockt, gefesselt und mit dem Tode bedroht, falls sie sich nicht ruhig verhielte. Leider gelang es den Burschen, zu entfliehen.

Letzte Nachrichten

(Eigene Funk- und Drahtberichte)

Bergarbeiter-Schiedsspruch angenommen.

Bochum, 11. Mai. (EF). Die Revierkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands beschloß am Sonntag mit großer Mehrheit, den von den Unternehmern abgelehnten Manteltarifschiedsspruch für den Ruhrbergbau anzunehmen. Die Bergarbeitervertreter ließen sich dabei von der Erwägung leiten, daß der Manteltarif durch den vorliegenden Spruch in seinen wesentlichen Bestandteilen unverändert bleibt. Die übrigen Bergarbeiterverbände haben den Schiedsspruch am Sonntag ebenfalls angenommen.

Zu den spanischen Unruhen.

Madrid, 11. Mai. (EF). Eine um 2 Uhr nachts erlassene Erklärung der Regierung bestätigt unsere Darstellung der gestrigen Vorgänge in Madrid und sagte darüber hinaus, daß durch die unmotivierten aus dem Gebäude des „ABC" gefallenen Schüsse zwei Personen verwundet worden seien. Um 1 Uhr nachts hat eine Durchsuchung der Zeitung „ABC" eine Anzahl Waffen zutage gefördert. Das Gebäude wurde gerichtlich beschlagnahmt, so daß die Zeitung nicht erscheinen kann. Gegen den Direktor Marquis Luca del Tena ist Haftbefehl erlassen. Er ist bisher nicht auffindbar. Die Regierung hat Anweisung gegeben, den Prozeß wegen der Vorgänge noch während der Nacht zu beginnen und mit Beschleunigung durchzuführen. Insgesamt wurden bis jetzt 12 Personen verhaftet, darunter zwei bekannte Monarchisten, die hinter den Bäumen der Straße hervor, auf der sich das „ABC" befindet, auf die Menge geschossen hatten. Sie wurden mit der Waffe in der Hand festgenommen. Während um 12,30 Uhr nachts von einem Fenster des Innenministeriums zu der vieltausendköpfigen auf der Puerta del Sol harrenden Menge gesprochen wurde, schoß plötzlich ein Mann auf den Redner. Der Schuß traf einen Zuhörer. Die Menge stob auseinander, weil sie eine weitere Schießerei fürchtete. Darauf lynchte sie den Schützen. Dies ist der einzige Tote des Tages. In den späten Abendstunden versuchte die Menge zwei Waffenläden zu plündern. Die Polizei schlug sie zurück. Es gab zwei Verwundete. Die Regierung mahnt die Bevölkerung dringend, keine neuen Demonstrationen zu veranstalten. Sowohl gegen monarchistische als auch von der äußersten Linken kommende Versuche die Ruhe zu stören, will sie sehr energisch einschreiten. Der heutige Ministerrat wird sich eingehend mit der Lage beschäftigen und wichtige Beschlüsse über die Aenderung der Regierungspolitik fassen. Sicher wird er sich auch mit der Frage der reaktionären Presse beschäftigen, die ihre Freiheit geradezu unglaublich ausgenutzt hat. Die Note des Innenministers nennt, schon neben dem „ABC" das klerikal-konservative „Debat", das sich durch wüste Angriffe besonders hervorgetan hat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310511-16/fragment/page=0003

Unser
Celta-Strumpf
I. Wahl — Goldstempel
für
1.10 Mark
wie man ihn schwerlich noch einmal so vorteilhaft findet. Aus künstlicher Waschseide tadellos und fehlerfrei gearbeitet, ist sein seidiger, geschmeidiger Charakterion von allen Damen besonders geschätzt. Hochferse und starke Sohle machen ihn außerordentlich haltbar.
In allen modernen Farben.
Dienstag und Mittwoch
auf Sondertisch ausgelegt

Rahmlow & Kressmann
Das Haus der gepflegten Spezial-Abteilungen

Arthur Schneider
Hedwig Schneider
geb. Försterling
Vermählte
Lüttgenrode, den 10. Mai 1931

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Ortsgruppe Halberstadt.
Sonnabend, den 16. Mai 1931, findet in den festlich dekorierten Räumen des Elysiums ein
Strandfest „Westerland-Sylt"
statt. Festredner: Generalsekretär Gebhardt.
Gäste durch Mitglieder eingeführt sind herzlich willkommen. Das Strandkomitee.
Eintritt für Mitglieder 60 Pfg. u. für Gäste 80 Pfg.
Oeffnung 7 Uhr — Anfang 8 Uhr — Ende ???

Fahrräder
Damen u. Herren, gebraucht, zu verkaufen. Weingarten 30.

Wetterfeste
Lodenmäntel
dunkelgrün u. marengodunkel
für Herren . . . Mk. 22.—
für Damen . . Mk. 24.50
Textilwarenfabrik Röber
Halberstadt,
Quedlinburgerstr. 98

Streichfertige
Farben, Lacke, Pinsel Schlemmkreide und Sichelleim
preiswert und gut.
Löwen-Drogerie,
Bl.-Rathenaustraße 60.

Schäfer-Martin-Salbe
geg. Hautschäden u. offene Beine. Ratsapotheke.

Präpar. Viehlebertran
Vieh-Lebertran-Emulsion
Ratsapotheke.

LICHTSCHAU LSH SPIELHAUS
Spiegelstraße 7-8 Fernruf 1858

Heute letztmals: Evelyn Holt und Hans Stüwe in dem wundervollen Tonfilm:
„Aschermittwoch"
Ab morgen Dienstag bis nur einschl. Donnerstag
Die vertrauten Melodien der ewig jungen Burschenlieder singen und klingen in diesem Film.
Sie erzählen von Frohsinn und Kameradschaft — von Jugend und erster seliger Liebeszeit — und sie tragen in die Stube des sorglos reichen — wie in die Dachkammer des armen Studiosus den gleichen Glanz von goldener, unvergänglicher Romantik.

Ein Tonfilm von Frohsinn und Kameradschaft — von Jugend und erster seliger Liebeszeit, in dem die vertrauten Melodien der ewigjungen Burschenlieder von neuem erklingen.
In den Hauptrollen spielen, sprechen u. singen: **Werner Fuetterer, Betty Amann Fritz Alberti, Anna Müller-Linke Erwin van Roy, Alfred Beierle**
Noch lebt sie, die unvergängliche, alte Burschenherrlichkeit! Noch grüßt das alte Schloß am Neckar, noch perlt der edle Wein im blinkenden Glase, noch schmettert der Bursch seine hellen Lieder in den strahlenden Tag.
Im Tonfilm-Beiprogramm wieder ein neuer Tonfilm mit den sprechenden und singenden Hunden
„Wau wau"
Tönende Kulturschau. Fox tönende Wochenschau
Jugendliche haben diesmal Zutritt!
Anfangszeiten: 1/26, 3/47 und 3/49 Uhr

Kammer-Lichtspiele
Heute letzter Tag:
Tarakanowa, die falsche Zarentochter
Pat und Patachon
Die Kammerlichtspiele bleiben Dienstag und Mittwoch **geschlossen!**

Tanz- und Tonfilmschlager bei Funk-Theis

Spart
bei den öffentlichen mündelsicheren Sparkassen
Überweist
sämtliche Rechnungsbeträge im provisionsfreien Spargiroverkehr
Auskunft
erteilen:
Stadtsparkasse und **Kreissparkasse**
H. d. Richthause 11 Lindenweg 35/36
für die der Stadtkreis oder der Landkreis Halberstadt mit dem gesamten Vermögen und der Steuerkraft Sicherheit leisten

---

Schlachthof-Freibank Dienstag von 8 bis 10 Uhr
Rind-, Schweine- und Hammelfleisch.

Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands
Die zum **Ausflug** gemeldeten Mitglieder werden zu der Abfahrt am **14. Mai, morgens 9 Uhr,** vom **Moritzplan** aus, aufgefordert.
Der Vorstand.

Berta Koch, Hebamme
Telephon 1947.
Meine Wohnung befindet sich vom 1. Mai an **Bismarckstraße 45**
Von der Fleischerei Eilers aus das vierte Haus.

Fritz Koch, Dachdeckermeister
Telefon 1947
wohne jetzt: Bismarckstraße 45

Zur Frühjahrs-Saison
bringe ich meine
Kinder- u. Klappwagen
nur erstkl. Fabrikate in empfehlende Erinnerung.
Teilzahlung nach Übereinkunft gestattet.
P. Woldmann,
Telefon 1764 **Halberstadt** Hoheweg 11.

Fisch blutfrisch billig
Dienstag, Breiteweg 52 (Doretenfahrt)
Fisch-Jürgens Wesermünde

Zieh. II. Klasse 18. und 19. Mai
Prueß.-Südd. Staatslotterie
Kauflose:
1/8 = **RM. 10.00**
Schluß der Erneuerung:
11. Mai.
Gewinnlisten I. Kl. zu **10 Pfg.** erhältlich.
Staatl. Lotterie-Einn.
Strobach
Kühlingerstr. 3
Fernr. 2850

Preiswerte Leckerbissen für den Abendtisch

Weinsülze, pikante Würzung, in 1 Pfund-Dosen	Dose **68**	Pfg.
Schnitzellachs, milde gesalzen, in 1 Pfund-Dosen	Dose **60**	Pfg.
Delikateß-Fleischsalat, in 1 Pfund-Dosen	Dose **75**	Pfg.
Gulasch (Madeira), in 1 Pfund-Dosen	Dose **75**	Pfg.
Heringssalat, für Kenner, in 1 Pfund-Dosen	Dose **75**	Pfg.
Schinken (Burgunder), in 1 Pfund-Dosen	Dose **85**	Pfg.
2 Stück Sülzkoteletts, in einer Dose	Dose **90**	Pfg.

Konserven-Thomas
Martiniplan 22. **Fernruf 1186.**
Das Haus der billigen Preise.

Werben Sie für politische Vernunft!
Nazi Sozi Kozi
?? Wer hat recht ??
Sind Sie im Bilde
was
die — Sozi — sind
und wollen?
„Unser Programm"
sagt es Ihnen in
1000 Worten und 150 Bildern
sowohl — hundertfünfzig — Bildern in Kupfertiefdruck kart. Ausgabe, mit wirkungsvollem, zweifarbigem Umschlag in Photomontage
nur 0.90 RM.
Bestellen Sie sofort bei der **Buchhandlung „Halberstädter Tageblatt"**

Küken
brauchen:
Spratt's
Körner- und Backfutter
Andere Futtermittel billigst!
Fritz Bösche
Drogerie, Breiteweg 12.

Mitbürger! Laßt euer Geld im Orte!
Gebt unseren Blinden Arbeit!
Verkaufsstelle der hiesigen Arbeitsgemeinschaft blinder Handwerker bei
P. Woldmann, Hoheweg 11.
Händler kommen nie in unserem Auftrag
Blindenverein f. H. u. U., e. V.
Mollweide. Woldmann.

Das vergriffene **Reichsbannerliederbuch** ist jetzt wieder neu aufgelegt und soeben unter dem Titel
Wenn wir marschieren . .
(ein republikanisches Liederbuch) erschienen.
Preis **65** Pfennig.
Buchhandlung „Halberstädter Tageblatt"

Osterwieck
Oeffentliche Sitzung
der Stadtverordneten-Versammlung
zu Osterwieck-Harz, am Dienstag, 12. Mai 1931, 18 Uhr, im Sitzungssaale des Rathauses.

Tagesordnung:
1. Kenntnisnahme von den Verhandlungen über die ordentliche und außerordentliche Prüfung der Stadtkasse, der Elektrizitäts- und Wasserwerkskasse und der Stadtsparkasse am 3. März, 24. März und 25. April 1931.
2. Antrag der hiesigen Schützenbrüderschaft auf Verlängerung der Erlaubnis zur Benutzung des städt. Kirchbergeländes.
3. Abrechnung über die Kosten der Erbauung des Feuerwehrdepots.
4. Kommissionswahlen.
5. Kenntnisnahme von der Versetzung der Feldhüter Wesche und Schlütte in den Ruhestand.

Danach geheime Sitzung.
Osterwieck a. H., den 9. Mai 1931.
Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Happe.

Thale.
Bekanntmachung.
Wir haben in letzter Zeit wiederholt die Wahrnehmung machen müssen, daß in den einzelnen Feldfluren von vielen Ackerbesitzern in einer derartigen Weise Steine auf die Wege geworfen werden, daß die Wege für den Fuhrwerksverkehr fast unpassierbar sind. Wir weisen darauf hin, daß sich die fraglichen Ackerbesitzer und -pächter hierdurch strafbar machen und außerdem bei etwaigen Schäden zu Schadenersatzansprüchen herangezogen werden können. Es wird daher gebeten diese Unsitte zu unterlassen, damit ein Einschreiten der Polizei vermieden wird.
Thale a. H., den 5. Mai 1931.
Der Magistrat. Wenkel.

Oschersleben.
Oeffentliche Mahnung.
Grundvermögensteuer, Hauszins- u. Hundesteuer, Kanalgebühren, Schulgelder für Gymnasium und Mädchenmittelschule für **Mai 1931,** Gewerbesteuer- und Gewerbekapitalsteuervorauszahlungen **April—Juni 1931** sind bis **15. Mai** an die Stadthauptkasse zu entrichten. Außerdem sind die Pachtbeträge (1. Rate) fällig. Nach Ablauf der Frist erfolgt Zwangseinziehung.
Oschersleben (Bode), den 8. Mai 1931.
Der Magistrat.

Wernigerode

Zwangsversteigerung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung (Wiederversteigerung) soll das Hausgrundstück des stud. phil. Gerhard Georgi in Wernigerode-Nischenrode, Kaiserstraße Nr. 59, Gesamtgröße 12,93 ar und Nutzungswert 1746 Mark
am 27. Juli 1931, 10 Uhr
an Gerichtsstelle, an der Brockenbahn Nr. 8, Zimmer 13, versteigert werden. Bieter haben im Termin mit Sicherheitsleistung in Höhe von 10 Proz. des abgebenen Gebots zu rechnen.
Wernigerode, den 5. Mai 1931.
Preußisches Amtsgericht.

In der Zeit **vom 14. Mai bis 13. September 1931** dürfen offene Verkaufsstellen, in denen **Bade-Andenken:** artikel, **Süßigkeiten und Blumen** ausschließlich oder überwiegend feilgeboten werden, an jedem Sonn- und Festtage in der Zeit von 11 bis 19 Uhr geöffnet sein. An denselben Tagen dürfen auch die offenen Verkaufsstellen, in denen ausschließlich oder überwiegend Tabak und Tabakwaren feilgeboten werden, von 11 bis 13 und von 15 bis 18 Uhr geöffnet sein.
Die Verkaufszeit für die übrigen Waren wird nicht geändert.
Wernigerode, den 7. Mai 1931.
Die Polizei-Verwaltung. Dr. Geppel.

Preußisch-Südd. Klassen-Lotterie
Die Lose zur 2. Klasse bitte bis Montag, 11. Mai, einzulösen
Ziehung der 2. Klasse am 18. u. 19. Mai 1931
Klaue, Staatl. Lotterieeinnehmer
Postscheck-Konto Magdeburg 10162
Fernruf Nr. 2668

Partei-Literatur jeder Art
zu haben in der
Volksbuchhandlung Burgstraße 30

CAPITOL
die moderne, führende Tonfilm-Bühne
Heute bis einschl. Donnerstag
Anny Ondra
in dem neuesten, entzückenden Tonfilm-Lustspiel
Eine Freundin so goldig wie du
Felix Bressart, Siegfried Arno Adele Sandrock, André Pilot
Wochenschau. Garmisch-Partenkirchen. Moritz macht sein Glück, Grot. in 2 Akten.
Beginn: Wochentags 6 und 1/29 Uhr.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310511-16/fragment/page=0004

Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 108 — Montag, den 11. Mai 1931 — 6. Jahrgang

WERNIGERODE

Die Naturdenkmäler des Harzgaues.

Die Schriftenreihe der Heimatkundlichen Forschungs- und Sammelstelle für den Harzgau ist durch ein weiteres Heft, das die Naturdenkmäler des Harzgaues behandelt, bereichert worden. Verfasser dieses neuesten Heftes ist Museumsdirekt. Hemprich, der Leiter des Städtischen Museums zu Halberstadt. In der Schrift kommt zum Ausdruck, daß typische natürliche Landschaftsgebilde vernichtet und viele Tier- und Pflanzenarten vermindert wurden, so daß ihr besonderer Schutz notwendig wurde. Es muß erreicht werden, daß nicht Gedankenlosigkeit, Unwissenheit und Roheit Unwiderbringliches zerstören. Deshalb hat sich unser Heimatmuseum seit Jahren in den Dienst der Naturdenkmalspflege gestellt. Durch die staatliche Stelle für Naturdenkmalspflege in Preußen wurde die Landschaftsstelle für Naturdenkmalspflege im Harzgau 1925 gegründet, das Halberstädter Museum zum Sitz dieser Stelle erklärt und der Museumsdirektor zum Kommissar ernannt. Dieser Landschaftsstelle sind der Stadt- und Landkreis Halberstadt und die Landkreise Quedlinburg und Oschersleben beigetreten.

In der Schrift von Hemprich werden die Naturdenkmäler des Harzgaues hervorgehoben; es sind auf der Brockenkuppe: der Hexenaltar und die Teufelskanzel; im Brockengebiet-Ost: die Zeterklippen mit Felsenmeer und sterbendem und totem Wald; im Brockengebiet-Südost: der Zug der Hohne mit den Landsmanns-, Grenz-, Leisten- und Bärenklippen; zwischen Brocken und Wernigerode: die Käseklippen, der Ottofelsen, der Gebohrte Stein, der Silberne Mann an der Steinernen Renne; zwischen Elend und Schierke: die Scherstor-, die Schnarcher-, die Feuerstein-, die Königin-Kapellen- und die Ahrendsklintklippen; auf dem Königsberg am Brocken: die Raben- und die Kesselklippe usw. usw. Erwähnung finden ferner der Klusfelsen, der Teufelsstuhl und der Regenstein. Naturschutzgebiete gibt es im Harzgau erst wenige. Solche Gebiete sind vor Zugriffen und Zerstörung gesetzlich geschützt. Geschützte Gebiete sind die Teufelsmauer bei Quedlinburg, die Königsteine bei Westerhausen, das Kamel auf dem Langen Berge bei Westerhausen und das Bodetal bei Thale. Hemprich bringt u. a. in seiner Schrift die Polizeiverordnung für das Naturschutzgebiet Bodetal wörtlich zum Abdruck. Danach ist es verboten, Felsgebilde zu beseitigen oder zu verändern. Unbefugten ist das Betreten des Naturschutzgebietes außerhalb der Wege untersagt. Auch dürfen Pflanzen nicht entfernt oder beschädigt werden.

Es werden in der Schrift noch die geschützten Pflanzen nach der Verordnung zum Schutze von Tier- und Pflanzenarten in Preußen vom 16. Dezember 1929 aufgezählt. Ungeschützte Vogelarten sind: Haubentaucher, Fischreiher, Hühnerhabicht, Sperber, Rohrweihe, Bleßhuhn, Haussperling, Feldsperling, Elster, Eichelhäher, Rabenkrähe, Nebelkrähe und und Saatkrähe. Unter den geschützten Säugetieren befinden sich die Wildkatze, der Edelmarder und das Reh. Das interessante Heft enthält 16 ganzseitige Abbildungen und eine Karte des Naturschutzgebietes Bodetal. Ferner ist ein Literatur-Verzeichnis beigegeben. Jeder Freund der Heimat, jeder Lehrer und Schüler sollte diese kleine Schrift erwerben. Sie enthält gutes Material zur Heimatkunde, dessen Studium Freude bereitet. mk.

Wirtschaft und Genossenschaft.

Die Konsum- und Spargenossenschaft für Wernigerode und Umgegend beschäftigte sich am Freitag in ihrer Frühjahrsversammlung mit dem Thema „Wirtschaft und Genossenschaft". Der Geschäftsführer Gen. Salzwedel zeichnete die Umstände auf, unter denen gerade die Genossenschaften in der jetzigen wirtschaftlichen Lage zu leiden haben. Die überstürzte Rationalisierung hat sich in dieser Richtung besonders unheilvoll ausgewirkt. Wenn die Arbeiterschaft sich nicht politisch den Einfluß gesichert hätte, der ihr zukommt, dann müßten Hunderte den Hungertod erleiden. Bei der Riesenarbeitslosigkeit kann natürlich an einem Mehrumsatz in der Lebensmittelbranche nicht gedacht werden. Die Umsatzzahlen unserer Warenverteilungsstellen geben heute in den Zeiten des Preisabbaues keine Vergleichsmöglichkeiten gegenüber den Vorjahren. Mengenmäßig ist kaum ein merkbarer Rückgang zu verzeichnen. Diese Tatsache konnte nur erzielt werden durch die Erkenntnis unserer Genossenschaftler, den Wareneinkauf nur in unseren Verteilungsstellen zu tätigen. Die steuerlichen Belastungen und die Vielgestaltigkeit der Steuerarten treffen die Genossenschaften, die keine auf Erwerb gerichteten Unternehmungen sind, besonders hart. Da auch die Frachtkosten bisher eine Senkung nicht erfahren haben, war auch an eine Senkung des Unkostensatzes nicht zu denken. Erfreulich ist, daß die Geschäftsguthaben eine Steigerung erfahren haben. Ebenso hat der Kontostand unserer Sparkasse sich erfreulich erhöht, trotzdem in den Wintermonaten eine stärkere Abhebung zu verzeichnen war. Die Umsätze sind bei weitem nicht so gefallen, wie dies in Anbetracht der Preissenkung hätte geschehen müssen.

In der Aussprache wurde die allgemeine Preispolitik auf dem Lebensmittelmarkt einer scharfen Kritik unterzogen. Bei den Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat wurden die Gen. Wilh. Ackert, Gottl. Müller und Heinr. Matscheroth gewählt.

Den ausgeschiedenen Genossen Oberbeck und Knopf wurden vom Vorstand und Aufsichtsrat warme Worte der Anerkennung gewidmet. Da in diesem Jahre die 60. Gründungsfeier begangen werden kann, wurde dem Vorstand anheimgegeben, die Feier in einfacher, aber würdiger Form zu begehen.

— **Parteiversammlung.** Auf die heute Montagabend stattfindende Mitgliederversammlung der Partei wird nochmals erinnernd hingewiesen, da eine Aussprache über kommunalpolitische Fragen vorgesehen ist.

— **Beseitigung der Wildschäden.** Eine Frage, die seit über 50 Jahren in der Gemeinde Wernigerode die Bürgerschaft in zwei Lager teilte, ist die der Beseitigung der Wildschäden. Ein Teil bestreitet mit Entschiedenheit, daß der Wildverbiß in unseren Schonungen die gedeihliche Entwicklung unseres Waldbestandes beinflusse, während der andere unter allen Umständen auf eine Verringerung unseres Wildbestandes hinarbeitet. Um einen Ueberblick der Schäden durch eigene Inaugenscheinnahme zu ermöglichen, wurden Stadtverordnete und Magistratsmitglieder zu einer Besichtigung im Laufe der vergangenen Woche zusammen berufen. Bei einer reichlich sechsstündigen Wanderung, durch den städtischen Forstbesitz konnte sich keiner der Teilnehmer der erschreckenden Verwüstung durch das Wild entziehen. Selbst Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die bisher scharfe Gegner des Abschusses von überzähligem Wild gewesen waren, mußten auf Grund der wahrgenommenen Schäden sich mit ihrer bisherigen Haltung in Widerspruch setzen. Alle Einwände für das Zurückbleiben unseres Baumwuchses wurden erörtert, weder der Bezug auswärtiger Pflänzlinge noch die Bodenverhältnisse, auch nicht die Unterlassung der Teerung und Kalkung der jungen Pflanzen konnten allein dieses Zurückbleiben klären. Der Wildverbiß blieb ausschlaggebend. Wenn die braunschweigische, preußische und auch die fürstliche Forstverwaltung einheitlich sich auf den Standpunkt stellen, daß vom forstfiskalischem und weidmännischen Standpunkt aus, auf je 50 ha nur ein Stück Wild gehalten werden darf, um allen Teilen gerecht zu werden, so kann sich die Stadtverwaltung den Luxus nicht erlauben, über dieses Maß hinaus zu gehen. Nach der Besichtigung fand dann in der Storchmühle ein Meinungsaustausch über das Gesehene statt. Bei der außerordentlichen Tragweite der Schäden und bei der stark verminderten Einnahme aus den Forsten für den Gemeindehaushalt herrschte fast völlige Uebereinstimmung über die zu machenden Vorschläge.

— **Der Spielplan der Capitol-Lichtspiele** steht ab heute bis einschließlich Donnerstag unter dem Zeichen des Humors. Der Tonfilm „Eine Freundin so goldig wie Du . . ." ist ein zündender, unterhaltsamer Operettenfilm voller Humor und Witz. Ein frühlicher Tonfilmschwank mit Tanz und Gesang im wirbelnden Tempo unserer Zeit. Anny Ondra, der beliebte Filmstar, spielt die Hauptrolle und bezaubert wie immer. Auch die weitere Besetzung ist erstklassig. Allen voran Felix Bressart durch seinen urwüchsigen trockenen Humor! Siegfried Arno, Adele Sandrock, Teddy Bill, Andre Pilot und viele andere unserer besten Schauspieler geben ihr Bestes. Dann läuft weiterhin im Beiprogramm die humorvolle Groteske „Hollywood-Girls", schöne Landschaftsaufnahmen von Garmisch-Partenkirchen-Mittenwald u. die stets interessante, bilderreiche Wochenschau. Beginn der Vorstellungen wie immer: Wochentags 6 und ½9 Uhr, Sonntags 4, ½7 und ½9 Uhr.

Die Mörderfamilie Reins.

Der Mord am Brocken. — Neue Feststellungen über die Familie Reins.

Die kriminalpolizeilichen Nachforschungen in der Mordaffäre Reins bringen beinahe Tag für Tag neue Ueberraschungen. So konnte jetzt festgestellt werden, daß

ein Onkel des jungen Mörders Ernst Reins der Mörder Friedrich Reins aus Magdeburg ist, der am 5. Juni 1929 zwischen Felsklippen des Brockengebietes im Harz seinen zehnjährigen Sohn erschossen hat.

Dieser Reins wurde kurz nach einem Ueberfall auf zwei junge Berliner Damen in der Nähe von Wernigerode festgenommen. Das Halberstädter Schwurgericht verurteilte Friedrich Reins wegen Mordes zum Tode, die Strafe wurde aber dann in lebenslängliches Zuchthaus verwandelt. Interessant ist übrigens, daß der Magdeburger Maurer Reins immer wieder als Grund für den Mord an seinen Sohn folgendes angab: er fürchte, der Sohn könnte die furchtbare Veranlagung seines Vaters geerbt haben!

Auch dieser Mordfall Reins läßt die Degeneriertheit der ganzen Familie in noch krasserem Lichte erscheinen. Die Berliner Mordkommission, die ja die engeren und weiteren Zusammenhänge der Mordtat des jungen Ernst Reins zu klären hat, forscht nun mit großem Eifer nach dem Vorleben der einzelnen Familienangehörigen. Dabei ist man schon jetzt auf eine merkwürdige Angelegenheit gestoßen. Der Vater Reins befindet sich seit einigen Jahren in der Heilanstalt Wittenau (Dalldorf). Verschiedene Personen haben sich jetzt gemeldet und bezeugen, daß der alte Reins nur auf Betreiben seiner Töchter, deren liederlichen Lebenswandel er nicht gebilligt hätte, in der Anstalt interniert worden sei. —

Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß bei weiteren Nachforschungen im Leben der vier Personen, der Mutter, der Töchter und des jungen Ernst Reins noch manches Eigenartige ans Licht kommen wird. Schon jetzt steht fest, daß die 58 Jahre alte

Frau Ida Reins, die am Sonnabend abend zum zweiten Male von der Mordkommission in Haft genommen

wurde, nicht nur nach dem Morde an dem Geldbriefträger Schwan von ihrem Sohne 2000 Mark erhalten hatte, sondern daß sie auch das Einnähen des Bleirohrs in die Sackleinwand besorgt hatte, also die Tat vorbereiten half! Der junge Maurer Reins hat sogar während des Nähens neben ihr gestanden und die ganze Zeit zugesehen.

Die Mordkommission hegt die Vermutung, daß das Verbrechen an dem Geldbriefträger Schwan nicht die einzige Untat eines Mitgliedes der Familie Reins ist. Bekanntlich ist ja auch die älteste Schwester Sophie Reins, genannt Inge, schon wegen Diebstahls vorbestraft. Auffällig ist, daß die sonst in nicht allzu rosigen Verhältnissen lebende Familie sehr oft Ueberfluß an Geld gehabt hat, welches nicht, wie schon jetzt feststeht, immer aus den Taschen der Liebhaber der Mädchen Reins herrührte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310511-16/fragment/page=0005

— **Offenhaltung der Ladengeschäfte.** Vom 14. Mai bis 13. September dürfen Verkaufsstellen, die in einer heutigen Bekanntmachung des Magistrats näher bezeichnet sind, an Sonntagen offen gehalten werden. (Siehe Anzeige.)

* **Die Eisheiligen sind da.** Unter den saltsamen Winterheiligen des Jahres nehmen Mamertus, Pankratius, Servatius am 11., 12. und 13. Mai eine besondere Rolle ein. Sie sind zu „Eisheiligen" geworden, die einen endgültigen Trennungsstrich ziehen zwischen den frostigen Frühlingsnächten und den sommerlichen Gezeiten. Zwar geht ihnen am 24. Februar Matthis als Eisheiliger voran nach dem Volksspruch: „Mathheis bricht's Eis — hat er keins, so macht er eins." Aber erst nach ihnen hält sich das Thermometer stets über Null. Darum auch die Bauernregel: „Vor Servati kein Sommer, nach Servati kein Frost" und „Vor Nachtfrost bist du sicher nicht — Bis daß herein Servatius bricht." Ihre Bezeichnung als besondere Wetterheiligen liegt den Volkssprüchen zugrunde: „Die 3 Azius sind strenge Herrn — Sie ärgern den Gärtner und den Winzer gern". Daß sie auch unfreundliches Wetter bringen können, besagen die Volksreime: „Pankratius und Servatius bringen oft Kälte und Verdruß" und „Wer sein Schaf scheret vor Servaz — Dem ist die Wolle lieber als das Schaf". Daß die Eismänner auch schönes Wetter bringen können, geht aus den Bauernregeln hervor: „Ist St. Pankratius schön — Wird guten Wein man sehn. Pankraz und Urban ohne Regen — Bringt großen Erntesegen." Gärtner, Landwirt und Winzer aber vertrauen auf die Wetterregel: „Kein Reif nach Servaz — Kein Schnee nach Bonifaz." — Trotz des Sonnenscheins herrschte heute eine ziemliche Maikühle. Es ist anzunehmen, daß die Eisheiligen diesmal nicht gar so streng sein werden.

* **Die Meisterprüfung** haben bestanden: Im Bäckerhandwerk: Friedrich Heinecke-Kroppenstedt, Rudolf Lochte-Halberstadt, Heinrich Spengler-Quedlinburg, Willy Lampe-Halberstadt, Hans Kaps-Wernigerode, Emil Step-Wernigerode, Walter Molle- Ditfurt, Wilhelm Lindau-Aspenstedt, Walter Reichardt-Wernigerode, Hugo Schade-Wernigerode, Erich Fessel-Wernigerode. — Im Elektroinstallateurhandwerk: Alfred Zeuschner-Wasserleben. — Im Fleischerhandwerk: Karl Grigo-Halberstadt, Fritz Löhning-Oschersleben, Karl Jürgens-Hornburg, Ernst Trieger-Wulferstedt, Johannes Träger-Aschersleben, Ewald Tölle-Gatersleben. — Im Installateurhandwerk: Wilhelm Schoele-Quedlinburg, Bernhard Malkin-Wernigerode.

* **Der Sommerfahrplan für die Kraftposten** ist soeben erschienen. Der Fahrplan umfaßt den öffentlichen Kraftfahrlinienbetrieb zur Personenbeförderung des Oberpostdirektionsbezirks Magdeburg und des Ostharzes. Die dem Fahrplan beigeheftete Karte gibt dem Beschauer ein recht einprägsames Bild darüber, welche Verkehrsgebiete durch die Kraftposten erfaßt und erschlossen werden, und welchen wichtigen Anteil heute die Kraftposten an der öffentlichen Personenbeförderung haben. Der bequem in der Tasche zu tragende Fahrplan ist bei allen Postanstalten des Oberpostdirektionsbezirks Magdeburg zum Preise von 15 Rpf. zu haben.

Die Berufsschulpflicht.

Die Befreiung von dem Besuche der Berufsschule.

Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, gibt der Preußische Handelsminister in einem Erlaß an die Regierungspräsidenten folgendes bekannt:

Ruhen der Berufsschulpflicht.

Auf Grund der Nr. 23 der Bestimungen über die Ein- und Durchführung der Berufsschulpflicht vom 19. März 1931 wird der Unterricht an den öffentlichen Fachschulen für diejenigen Schüler, die an dem vollen lehrplanmäßigen Tagesunterricht einer solchen Fachschule teilnehmen, als ausreichender Ersatz für den Unterricht an der Berufsschule anerkannt.

Auf Grund der Nr. 24 a. a. O. wird bestimmt, daß für die Anerkennung des Unterrichts in kaufmännischen Privatschulen als Ersatz des Unterrichts in der Berufsschule von der Einholung einer Genehmigung abzusehen ist, wenn die Schule folgenden Anforderungen entspricht:

Der Unterricht muß nach einem von der staatlichen Schulbehörde (Schulaufsichtsbehörde) genehmigten Lehrplan erteilt werden und mindestens 20 aufeinanderfolgende Unterrichtswochen mit mindestens je 24 Unterrichtsstunden umfassen. Für die Auswahl der Unterrichtsstoffe und ihre methodische Behandlung sind die für die gleichartigen öffentlichen Tagesfachschulen (Handels- und Höhere Handelsschulen) erlassenen Bestimmungen sinngemäß anzuwenden. Der Unterricht muß an Wochentagen zwischen 7 und 20 Uhr stattfinden; er darf für den Schüler an einem Tage nicht mehr als 6 Stunden dauern und soll möglichst zu den gleichen Zeiten erteilt werden, wie der Unterricht an den gleichartigen öffentlichen Tagesfachschulen. — Zwei Drittel der Unterrichtsstunden sollen von Lehrpersonen erteilt werden, die die Anstellungsfähigkeit als Handelslehrer oder -lehrerin besitzen und ihre Hauptbeschäftigung an der Privatschule haben. Die staatliche Schulbehörde (Schulaufsichtsbehörde) kann einellebergangszeit bestimmen, während der die an der kaufmännischen Privatschule tätigen Lehrpersonen noch unterrichten dürfen. In den Lehrgang dürfen nur solche Schüler aufgenommen werden, die in der Regel ihre volle Arbeitskraft der theoretischen Ausbildung widmen können. Unterricht u. Berufstätigkeit dürfen zusammen 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten.

Schüler dürfen später als zwei Wochen nach dem Beginne des Lehrgangs nur mit Genehmigung der staatlichen Schulbehörde (Schulaufsichtsbehörde) aufgenommen werden.

Befreiung vom Besuche der Berufsschule.

Auf Grund der Nr. 32 a. a. O. wird bestimmt, daß die Ausbildung, die den Besuch der Berufsschule entbehrlich macht, nachgewiesen werden kann durch Vorlage des Zeugnisses: 1. über die Reife für die Obersekunda (dritte Klasse) einer staatlich anerkannten höheren Lehranstalt; 2. über die bestandene Abschlußprüfung a) an einer Realschule, b) an einem Lyzeum, c) an einer Mittelschule im Sinne von Nr. 2 der Ausführungsanweisung zum Gesetze über die Dienstbezüge der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen mittleren Schulen vom 30. April 1928. — Treten Jugendliche mit einem der unter 1 und 2 genannten Zeugnisse jedoch in einen Beruf ein, für den an der Berufsschule ein weitgehender Unterricht in Klassen für einzelne Berufe oder Berufsgruppen erteilt wird, so tritt eine Befreiung von diesem Unterrichte nicht ein. Mädchen werden auch von dem hauswirtschaftlichen Unterricht an der Berufsschule nicht befreit.

Der Nachweis einer Ausbildung, die den Besuch der Berufsschule ganz oder teilweise entbehrlich macht, kann auch durch Ablegung einer Prüfung an der Berufsschule geführt werden. Ob auf Grund der Prüfung die Jugendlichen gegebenenfalls zu einem Ersatzunterricht im Sinne von § 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 31. Juli 1923 verpflichtet werden können, ist von Fall zu Fall zu entscheiden.

Inwieweit Jugendliche, die eine Fachschule besucht haben, ohne das Abschlußzeugnis zu erwerben, von dem Besuche der Berufsschule befreit werden, wird künftig jedesmal in den Bestimmungen über die Einrichtung und die Lehrpläne der betreffenden Schule angegeben werden. Auf der diesen Jugendlichen über ihren Schulbesuch zu erteilenden Bescheinigung (Abgangszeugnis) ist stets der Erlaß mit Tag und Nummer, auf Grund dessen die Befreiung vom Besuche der Berufsschule in Anspruch genommen werden kann, anzugeben.

Zu einem Ersatzunterricht im Sinne von § 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 31. Juli 1923 können nur verpflichtet werden Jugendliche: 1. mit einem Abschlußzeugnis (§ 3 Abs. 1 a. a. O.) einer öffentlichen oder gewerblichen, hauswirtschaftlichen oder kaufmännischen Fachschule mit einjährigem Lehrgange. 2. mit einem Abschlußzeugnis einer solchen Schule mit einem mindestens 1½jährigen Lehrgange, wenn sie in einen anderen Beruf eintreten als in den, auf den sie die Fachschule vorbereitet hat.

Die Jugendlichen mit dem Abschlußzeugnis einer Höheren Handelsschule sind hierdurch also von dem Besuche eines Ersatzunterrichts befreit. Das gleiche gilt für Jugendliche mit der Berechtigung zum Besuche der Höheren Handelsschule, die aber nur eine einjährige Handelsschule besuchen konnten, weil an ihrem Wohnorte keine Höhere Handelsschule bestand.

Den Jugendlichen, die ein Abschlußzeugnis einer öffentlichen Fachschule mit 1½jährigem Lehrgange besitzen, sind gleichzustellen Mädchen, die mit Erfolg ein halbes Jahr eine anerkannte Haushaltungsschule mit mindestens 240 Unterrichtsstunden und ein Jahr eine öffentliche Handelsschule mit mindestens 1000 Unterrichtsstunden besucht haben.

Aus Halberstadt

* **In der städtischen Badeanstalt** wurden in der Woche vom Montag, den 4. Mai, bis einschließlich Sonnabend, den 9. Mai, 2466 Schwimmbäder, 395 Wannenbäder, 54 russ.-röm. Bäder, 23 elektr. Lichtbäder, 905 Braunsbäder, zusammen 3843 Bäder verabreicht.

* **Städtisches Wohlfahrtsamt.** Die Zahlung der Beihilfen an Sozialrentner für den Monat Mai 1931 erfolgt am Mittwoch, den 13. d. Mts., von 9—12½ Uhr. — Die Zahlung der Zusatzrenten an Kriegsbeschädigte u. Kriegerhinterbliebene für den Monat Mai 1931 erfolgt am Freitag, den 15. d. Mts., von 9—12½ Uhr. Die Zahlung der Unterstützungen an Allgemeine Fürsorgeempfänger für die Zeit vom 16. 5. 31 bis 31. 5. 31 erfolgt am Sonnabend, den 16. d. Mts., von 8½—12½ Uhr. Zahlung erfolgt für die Namen mit A—F von 8½—9½, G—K von 9½—10½, L—R von 10½ bis 11½, S—Z von 11½—12½ Uhr. Sämtliche Zahlungen finden im Gaswerk, Wehrstedterstraße (Eingang Tor 1) statt.

* **Mehr Takt.** Vor einigen Tagen wurde in der Wernigeröder Straße ein Kind von einem Hunde angefallen und umgerissen. Das Kind schlug durch den Anprall mit dem Hinterkopf auf, so daß es noch lange nachher über Kopfschmerzen klagte. Statt daß der Besitzer des Hundes sich wegen des Vorkommnisses bei den Eltern entschuldigte, suchte er, ohne sich um das schreiende Kind zu kümmern, weiterzugehen. Als man ihn stellte, weigerte er sich zunächst, seinen Namen zu nennen. Erst nachdem sich die Erregung der Zeugen des Vorfalls in ziemlich harten Worten Luft machte, bequemte er sich zur Namensnennung und erklärte sich auch zur Tragung der Kosten eventl. Folgen bereit. — Von jedem Menschen, vor allem aber von jedem „gebildeten", sollte man erwarten, daß er sich wegen eines solchen Vorkommnisses sofort, ohne erst dazu gedrängt zu werden, entschuldigt.

* **Arbeiter-Radio-Bund.** Am 13. Mai, 19 Uhr, hält der Genosse Heilmann, Vorsitzender des Reichs-Haushaltsausschusses, einen Vortrag über den Reichshaushalt und um 19,20 Uhr der Genosse Flatau über dringliche Worte an den merktätigen Hörer. Der Arbeiter-Radiobund, Ortsgruppe Halberstadt ladet die Parteigenossenschaft Halberstadts hierzu ein und bittet, spätestens 15 Minuten vor Beginn der Vorträge, also 18 45 Uhr, zu erscheinen, um mit dem neuesten Empfangsgerät die Vorträge zu Gehör zu bringen. Im Anschluß hieran findet eine Diskussion über beide Vorträge statt. Diese Abhörstunde findet bei O. Bollmann, Bakenstraße, statt.

* **Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden u. Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Halberstadt,** veranstaltet am Donnerstag einen Ausflug nach dem Huy. Abfahrt morgens 9 Uhr vom Moritzplatz. (Siehe Inserat).

* **Alle gewerbsmäßigen Stellenvermittler,** mit Ausnahme der Konzertagenten, müssen spätestens am 30. Juni dieses Jahres ihren Betrieb schließen. Bis zu diesem Tage müssen auch die Anträge auf Entschädigung bei den Finanzämtern gestellt sein. Eine Versäumnis des Termins hat den Verlust des Entschädigungsanspruchs zur Folge.

* **Fahrraddiebstahl.** In der Nacht zum Sonntag wurde aus einer Gastwirtschaft im Westendorf ein Herrenfahrrad der Marke „Burgmüller" mit hochgebogener Lenkstange, gelben Felgen, gelben Schutzblechen und einer roten und einer grauen Fahrraddecke gestohlen. Am Rade befand sich eine Aktentasche, die Lackschuhe und Konfitüren enthielt. Zweckdienliche Nachrichten erbittet die Kriminalpolizei.

* **Unfall im Betrieb.** Auf dem Wassermerk in der Braunschweigerstraße ereignete sich am Sonnabend dadurch ein Betriebsunfall, daß ein Arbeiter, der Steine trug, die Kellertreppe hinabstürzte und sich einen Knöchelbruch zuzog. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus.

* **Lederjacke gestohlen.** Am Sonnabend gegen 16,30 Uhr wurde von einem auf dem Holzmarkt parkenden Auto eine braune Lederjacke mit braunem Wollfutter entwendet.

* **Bubenstreiche.** Am Sonnabend nachmittag verschwand ein vor der Epa aufgestelltes Fahrrad, das später in der Lazarettstraße wiedergefunden wurde. Man darf also annehmen, daß es sich nicht um einen Diebstahl, sondern um einen Dummen-Jungenstreich handelt. — Auf einen solchen Streich scheint auch die Demolierung der Scheiben dieser Schaukästen im Westendorf zurückzuführen sein, da nichts entwendet wurde.

* **Zusammenstoß.** An der Ecke Stein- und Quedlinburger Straße fuhr ein vom Heinepatz kommendes Auto einem Motorradfahrer, der aus der Steinstraße gekommen war in die Flanke. Das Motorrad geriet unter den Kraftwagen und konnte erst mit Hilfe der Feuerwehr hervorgezogen werden. Der Fahrer überschlug sich einige Male, kam aber mit geringen Verletzungen davon.

Briefkasten

H. B. Thale. Die Adressen all der von Ihnen gewünschten Gesellschaften können wir Ihnen nicht angeben. Wegen Leuna schreiben Sie einfach an das Leunawerk bei Merseburg. Die Dapofin-Gesellschaft hat ihr Hauptkontor für unsern Bezirk in Magdeburg, Olvenstedter Straße 1/2.

Die Maschinenbauern.

Roman von Conrad Finkelmeier.

13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Bolder war nicht wenig erstaunt, als er das hörte.

„Schau, schau, der Karl! So hoch hinaus, gleich in die Reihe der Millionäre und hinüber zu den Feinden der Schollenbauern!" scherzte er. „Wenn der Tonerts Franz davon erfährt, wird er furchtbar toben! — Aber wenn's so steht, dann fahr nur, Karl. Ich bring Dich noch zur Bahn. Man muß im Leben um alles kämpfen! — So ist's in der Liebe, so ist's auch um das Stückchen Brot. — Nichts wird einem geschenkt und nichts kommt einem zugeflogen . . ."

„Ich hab das jeden Tag erfahren müssen", antwortete Holters.

Bolder stopfte sich seine halblange Pfeife und setzte sie mit einem Fidibus in Brand.

„Jetzt dringt der Blutschlag neuen Lebens auch zu uns! — Und wie haben sich die Bauern dagegen gewehrt! Immer im gleichen Takt mußte alles auf der Stelle treten. Wenn ich wagte, einen Schritt vorwärts zu machen oder etwas schneller zu treten, tobten und schrien sie. Erst, als ich wieder in ihrer Front stand, gaben sie Ruhe. Als ich nach hier zurückkehren mußte, ist's mir sehr schwer angekommen. Weißt Du, alles war mir hier zu eng, zu klein, die Bauern so ohne Hoffnungen und Ziele. Und ich hatte doch das Leben in der Stadt gesehen, wie es pulste und sprang und zischte. Hier aber eine Ruhe, die mir alles aus dem Herzen sog, mein Temperament und alle Sehnsucht meiner Jugend tötete. Gewiß, ich liebe auch meine Heimat, mein Dorf und meinen Hof, aber ich liebe auch die Stadt, die für mich eine zweite Heimat wurde . . ."

„Und nun bist Du wieder hier und doch Bauer geworden", fiel Holters ein.

„Ja, aber ich habe mich bis heute nicht einleben können — trotz der vielen Jahre. Ich gehe zwar wie die anderen Bauern die alten ausgetretenen Wege, vom Haus über den Hof, zu den Ställen, zum Acker und wieder zurück. Dieses ewige Einerlei hasse ich und kann es nicht ertragen. Es frißt mich auf. Nein, daß ist nicht meine Welt, die ich mir als Junge aufgebaut hatte. Ich bin kein Schollenbauer und werde auch nie einer werden. Weißt Du, Karl, was einmal hier oben sitzt, das geht nicht mehr heraus, das kommt immer wieder. Manchmal ganz plötzlich und drängt und hetzt mich dann solange, bis ich unterliege und von den quälenden Gedanken beherrscht werde. Dann ist's mit aller Ruhe vorbei. In einem solchen Zustande befinde ich mich jetzt wieder. Als ich damals von hier fortging, hatte ich mit dem, was hinter mir lag, abgeschlossen und meinem Leben neuen Inhalt gegeben. Meine Welt waren die Maschinen. Ich machte mir selbst Zeichnungen, bastelte Modelle, saß bis in die späten Nachtstunden und arbeitete. Da starb mein Vater. Ich sollte zurückkommen, sträubte mich und ging doch meiner Mutter wegen wieder heim.

Aber ich konnte nicht mehr froh werden. Meine einzigen Freunde sind die Bücher geworden . . ."

„Und was tust du nun, um das Leben hier erträglich zu machen?" fragte Holters nach einer Pause.

„Ich flüchte täglich aus dieser Enge, gehe nach drüben, wo die Gutshöfe gestanden und sehe den Maschinen und Menschen zu. Das alles wäre nicht so schlimm für uns Schollenbauern geworden, wenn die Alten uns Jungen mehr zu Worte hätten kommen lassen. Aber wir mußten uns den Alten immer fügen, mußten uns einer Welt unterordnen, die veraltet und längst überwunden ist. Ich habe mit den Alten hier schwer gekämpft, habe ihnen gezeigt, daß sie nicht das Gute und Nützliche der neuen Zeit sehen, das uns vorwärts trägt, daß sie sich nur an das Alte klammern und ihre gute alte Zeit nicht im Rücken lassen wollen. Unsere Welt ist aber eine andere als die der Väter. Denn wir sind es doch schließlich, die in dieser Welt leben müssen. Darum sollten sie uns nicht stören, wenn wir uns diese Welt nach unseren Bedürfnissen und nach unserem Geschmack einzurichten versuchen. Denn die Bestimmungen, unter denen wir einmal leben müssen, sind andere als die unserer Väter. Das Gute nehmen wir von ihnen, das Schlechte aber müssen wir hinter uns lassen . . ."

Karl Holters hatte aufmerksam zugehört. Es waren für ihn gewiß keine neuen Gedanken, die er aus dem Munde seines Freundes hörte. Er selbst hatte mit seinem Vater schwer kämpfen müssen. Dabei war der alte Holters einer von denen, die die Forderungen der Jugend anerkannten.

Immerhin wunderte er sich doch über Bolder, der mit seltener Klarheit diese Probleme erfaßte und seine Gedanken auch in knapper und scharfer Form wiederzugeben verstand. Sicher wäre aus ihm ein tüchtiger Kerl geworden, wenn er nicht hier als Bauer brach liegen müßte.

„Ich verstehe Dich, Richard, und alles, was Du hier leiden mußt. Vielleicht findest Du doch noch das Leben, das Dich befriedigt. Wenn ich Dir dabei helfen kann — dann hier meine Hand."

Bolder schlug ein.

Verräterische Rosen.

Die Finanzverhandlungen hatten sich zerschlagen.

Einen Tag nach der Abreise Holters kam Dressel überraschend in seinem Palais an. Nachdem er das Dringendste durch Ferngespräch mit seinem Generalsekretär erledigt hatte, suchte er Cläres Zimmer auf.

Auf einem Tischchen lag Cläres Post: Zeitungen, Zeitschriften, Bücher und einige Briefe. Dressel studierte die Titel.

„Was mein Mädel doch für wechselnde Interessen hat!" sagte er laut vor sich hin. „Jetzt hält sie sich Linkszeitungen, sozialpolitische Zeitschriften und liest volkswirtschaftliche Bücher von linksradikalen Autoren. Sie sollte ihren Kopf doch nicht mit solch utopistischen Problemen beschweren."

In Gedanken versunken ging er zur Tür. Sein Blick fiel auf eine Vase mit frischen Rosen. Daneben lag ein Kärtchen. Er wurde neugierig und las: „Herzlichst Dein Karl."

Dressel betrachtete eingehend die Schrift. Es fiel ihm ein, daß er diese Schriftzüge bei der vorhin durchgesehenen Post gesehen hatte. Er verglich die Handschriften. Kein Zweifel: Brief und Rosen hatten einen Absender.

Wer ist nur dieser Karl, der so vertraulich mit Cläre verkehrt? Der Poststempel war unleserlich.

Er hatte sich noch nie in Cläres private Angelegenheiten gemischt, aber bei ihren Seitensprüngen in der letzten Zeit und ihrem selbständigen Auftreten war er scheinbar vor Ueberraschungen nicht mehr sicher.

Er hielt den Brief lange in der Hand und wollte nicht glauben, daß Cläre ein ernstes Verhältnis angebahnt hatte ohne ihn zu informieren.

Aber diese Vertraulichkeit! Cläre hatte doch immer Distanz gehalten und die besten Partien ausgeschlagen!

Seine Neugierde wurde maßlos. Er wollte — er mußte um jeden Preis wissen, was sie in seiner Abwesenheit trieb

Vertrauensbruch . . . .!? Eines Vaters . . .?! Es war seine Pflicht!

Rasch steckte er den Brief in die Tasche und verließ das Zimmer.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310511-16/fragment/page=0006

Begegnung mit der Zeit.

Der Arbeitslose,
Akte S. 34653,
steht vor mir.
Ich sehe ihn an
und sehe die Zeit,
wie sie zuckt, wie sie schreit,
und wie sie stumm ist,
trotz aller Brüder Leid.

Ein Mann, eine Frau,
vier hungrige Kinder,
und das Brot in den Läden
ist köstlich und gut.

Ein Mann, eine Frau,
vier hungrige Kinder,
und das Fleisch in den Läden
wiegt schwer und macht satt.

Ein Mann, eine Frau,
vier hungrige Kinder,
und Kartoffeln sind teuer
und sie sparen das Salz.

Und der Mann mit der Akte
S. 34653
nimmt ganz langsam,
nach Lohnklasse neun
mit den lumpigen Zuschlägen
für die Frau und vier Kinder,
sein Geld . . . .
und geht.

A. Th.

Gedankenlosigkeiten im Alltag.

Kleine Ursachen — große Wirkungen.

„Gewohnheit ist alles!" sagt der Volksmund nicht ganz mit Unrecht. Man kann sich an vieles gewöhnen, aber man darf sich nicht gedankenlos an alles gewöhnen. Es gibt in unserem täglichen Leben unendlich viele Gedankenlosigkeiten, die zur Gewohnheit wurden. Dinge, die wir tun und dann mit der Phrase entschuldigen: „Ich habe mir ja nichts dabei gedacht!"

Fort mit dem Federhalter aus dem Mund, wenn man nicht weiß, was man schreiben soll! Den Brief nicht mit der Zunge anfeuchten, um ihn zukleben zu können und die Marke gleichfalls nicht. Ist ein winziger Riß in der Lippe oder Zunge, dann kann binnen kurzem die Entzündung oder gar eine Blutvergiftung eintreten. Frauen haben sehr oft die Angewohnheit, beim Nahen Näh- und Stecknadeln zwischen die Lippen zu klemmen. Wie leicht kann man eine Nadel verschlucken, wie leicht eine ungeschickte Bewegung machen und sich stechen. Das Zählen von Geld mit dem angefeuchteten Finger, das Umwenden der Buchseiten auf gleiche Art ist ebenfalls eine Gedankenlosigkeit. Würden wir die Geldscheine und die Buchseiten mikroskropisch untersuchen, wären wir erstaunt, wieviele Bazillen an ihnen haften. Uebertragung von Krankheiten, Ausbreitung von Epidemien erfolgte schon oft auf diese Art! Man glaube auch nicht, daß blankes, blitzendes Hartgeld sauber ist!

Doch weiter, morgens ist vor der Arbeit wenig Zeit zum Kaffeetrinken. Man stürzt also das Getränk hastig herunter, so heiß es irgend geht. Man gieße den Kaffee einmal auf den nackten Fuß; das gleiche empfindet die Zuge, der Hals und der Magen! Ebenso ungesund ist kaltes Bier zu trinken oder im Zimmer eine Portion Speiseeis zu verschlingen! Es gibt Menschen, die sich mit diesem „Können" auch noch besonders hervortun. Gedankenlos ist auch das Gebahren vieler Fleischer und Eßwarenhändler: mit den gleichen Fingern schneiden sie Wurst oder Schinken ab, die eben noch schmutziges Geld berührten. Man könne ob dieser vielverbreiteten Gedankenlosigkeit davon laufen und auf jeden Genuß derartig behandelter Lebensmittel verzichten! Und Hand aufs Herz: wer hat noch kein Obst auf der Straße gekauft und es ungewaschen mit größtem Wohlbehagen verzehrt! Es war viel Straßenstaub dabei!

Sehen wir einmal weiter in das Leben auf einer Straße hinein! Es gibt Menschen, die sich wie Helden fühlen, wenn sie gemächlich über die Straße gehen und sich um den Verkehr nicht kümmern. Daß sie dadurch unnötig Lärm, Verwirrung und endlich vielleicht auch einen Unfall schaffen, bedenken sie nicht. Das Straßenpflaster ist auch kein Spucknapf, kein Aufbewahrungsort für Kirschkerne, Apfelsinenschalen und solchen von Bananen. Auch das Ausspeien und Wegwerfen ist eine Gedankenlosigkeit. Ebenso ist zu beurteilen, wenn sich Hausfrauen angewöhnen, ihre Decken und Teppiche, sowie das Staubtuch zum Fenster hinaus auszuschütteln oder abzubürsten. Der Staub fliegt in die unteren Wohnungen oder den Passanten auf den Kopf und ins Gesicht, beschmutzt die Kleidung und setzt sich auf die Lippen, in die Nase und Augen. Hundebesitzer sollten nicht auf dem Fußsteig ihre Lieblinge ausführen und sich verewigen lassen, ihnen nicht das Fell kraulen und sich dann in das Gesicht fassen oder anderen Menschen diese Hand zum Gruß reichen.

Bleiben wir einmal bei der Frau, besonders bei der Hausfrau. Wie gern stellt sie Töpfe mit heißem Inhalt auf den Fußboden, die Tischdecke oder auf den Stuhl. Wie oft hantiert sie mit langem Aermel und flatternden Bändern in der Nähe der Gasflamme oder über offenen Töpfen und gefüllten Tellern! Das Abschmecken zubereiteter Speisen ist auch eine leidige Angewohnheit, weil es immer möglichst schnell gehen soll und nicht erst genügend abgekühlt wird. Daumenlutschen und Nägelkauen der Kinder muß sie beachten und jenen bei Zeiten abgewöhnen. Ihr wie jenen haftet oft die üble Angewohnheit an, den Bleistift anzufeuchten: Eltern run es gedankenlos und Kinder machen es erst recht gedankenlos nach.

Messer und Scheren reicht man niemals zu dem anderen hin, daß er sie nur bei der Schneide fassen kann oder sich sticht. Das gleiche gilt auch für Nadeln und Nägel! Holz schneidet man nie auf die Art, daß man mit dem Messer auf sich zuschneidet, wie man auch Brot, nie in der flachen Hand schneidet, sondern mit dem Messer rings herum gehend. Hierher gehören auch die Gefahren, die aus gedankenlosem Umgang mit den technischen Hilfsmitteln entstehen können. Nur ein Beispiel sei gegeben: man faßt niemals eine Starkstromleitung oder eine elektrische Apparatur mit nassen Fingern an, Kurzschlüsse bzw. Stromleitung durch den Körper ist sonst unvermeidlich.

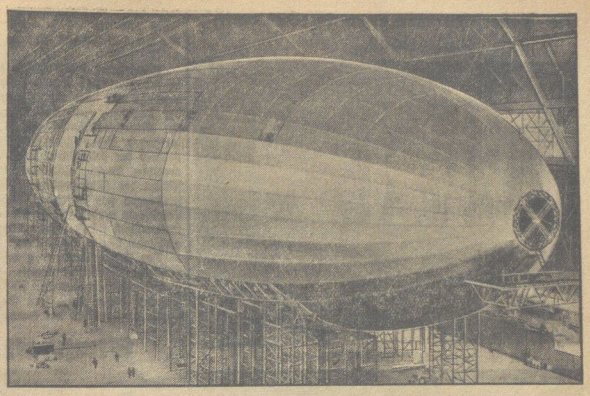
Die Reihe gedankenloser Angewohnheiten ließe sich noch verlängern. Die hauptsächlichsten Gewohnheiten sind aber angeführt, sie mögen Warnung sein und künftig beachtet werden. Trotz besseren Wissens sündigen die meisten Menschen darauf los, daß es geradezu eine Schande ist. Kein Wunder, wenn dann hier und da Krankheiten oder Funktionsstörungen und Verletzungen auftreten und den Ablauf des Tagewerks behindern. Wer auf all diese Kleinigkeiten achtet; der wird bald begreifen, daß kleine Ursachen die größten Wirkungen haben können.

Spielplan der Halberstädter Lichtspieltheater.

Lichtschauspielhaus: Bis Donnerstag Werner Fütterer und Betty Amann in dem deutschen Tonfilm „O, alte Burschenherrlichkeit". Ferner die sprechenden und singenden Hunde in „Wau — Wau".

Kammer-Lichtspiele: Dienstag und Mittwoch geschlossen. Ab Donnerstag Maria Corda in dem Sittenfilm „Eine Dubarry von Heute". Dann der Weltkriegsfilm „Die Helden von Verdun."

Der Ueber-Zeppelin.



Der 263 Meter lange amerikanische Riesenzeppelin „Akron" geht jetzt seiner Vollendung entgegen. Das Luftschiff, daß doppelt so groß ist wie der „Graf Zeppelin" und 91 Tonnen Nutzlast mitführen kann, erreicht eine Geschwindigkeit von 135 km pro Stunde und kann ohne Zwischentanken eine Strecke von 18 000 Kilometern (fast die Hälfte des Erdumfangs) zurücklegen.

Aus Osterwiek

om. **Vom Sportplatz.** Wir werden gebeten darauf hinzuweisen, daß als Sportplatz immer noch der sogenannte Gänseanger gilt. Der St. Kirchplatz wird vielfach von Kindern als Spielplatz benutzt. Desgleichen dürfte das Ballschlagen der Erwachsenen am belebten Langentkamp auch nicht sehr rasam sein. Alle sporttreibenden Vereinigungen können sich vor Schaden schützen, wenn sie ihren Sport nur auf dem Gänseanger ausüben.

om. **Die Stadtverordnetenversammlung** hält morgen, Dienstag, eine öffentliche Sitzung ab. Die Tagesordnung umfaßt fünf Punkte außerdem ist geheime Sitzung. (Siehe Inserat).

om. **Die Freiwillige Feuerwehr** hielt am Freitag abend eine Gesamtübung ab. Nach der Schulübung auf dem Gänseanger fand noch eine Alarmübung statt, bei welcher als Brandobjekt die hiesige Sonnenkleeschule gewählt wurde. Bei dieser Gelegenheit könnte die Druckkraft der Motorspritze unter Beweis gestellt werden, denn sie drückte das Wasser vom Mühlengraben, Kapellenstraße bis zur Sonnenkleeschule. Trotz dieser ca. 400 m weiten Entfernung gelangte der aus dem Rohr herausgeschleuderte Wasserstrahl noch über das hohe Dach des Schulgebäudes.

Aus Oschersleben

o. **Tödlicher Unfall.** Am Sonnabend vormittag geriet der bei dem Landwirt Graßhoff beschäftigte Arbeiter Karl Rust von hier beim Schlammfahren unter sein Fuhrwerk. Schwere Verletzungen führten den Tod des Bedauernswerten sofort herbei.

o. **Stiftungsfest bei Teutonia.** Am Sonnabend und gestern beging die Spielvereinigung „Teutonia" ihr 18. Stiftungsfest. Im festlich geschmückten Stadtparkhaal fand am Sonnabend ein Kommers statt. Eine Reihe Kongerstücke, geboten von Mitgliedern der Stadtkapelle, umrahmten die Begrüßungsworte des Gen. Wiesner, welcher gleichzeitig eine Ehrung der Sportgenossen A. Hans, E. Brockhoff, Fr. Jung und H. Böse vornahm, die ihr 10jähriges Vereinsjubiläum begehen konnten. Die Freie Volksbühne führte ein einaktiges Lustspiel auf, das eine recht gemütliche Stimmung hinterließ, welche sich auch beim anschließenden Ball erhielt. Am Sonntag mittag bewegte sich ein ansehnlicher Festzug durch die Stadt nach dem Sportplatz, wo eine kurze Gedenkfeier am Gefallenendenkmal des Arbeitersportkartells stattfand. Nun kam der Sport zu seinem Recht. Fast alle Mannschaften waren beteiligt. Ueber die Spiele berichten wir morgen in der Sportbeilage.

o. **Sozialdemokratische Partei.** Am Mittwoch abend findet beim Gen. H. Höhne unsere Monatsversammlung statt. Der Gen. Wiegand spricht über „Staat und Wirtschaft".

Kreis Oschersleben

Badersleben, 11. Mai. Am heutigen Montag, 20 Uhr, findet in der Ratsstube von Herrn Rotkam eine Gemeindevertretersitzung statt.

Aus Thale

td. **Zur öffentlichen Versammlung der Partei** am Freitag hatten sich auch Kommunisten eingefunden. Gen. Henneberg-Magdeburg war für den verhinderten Gen. Brandenburg erschienen. Gen. Henneberg ging in 1½stündigen Ausführungen auf die Auswirkungen des 14. September ein, um dann die Phrasen der NSDAP. zu kennzeichnen und auch auf die Tätigkeit der Kommunisten einzugehen. Sehr sachlich verbreitete sich der Referent über Pädagogik, Geldmarkt und Rationalisierung. In der Diskussion ergriff der Kommunist Sonnenberg das Wort. Er benutzte die alte kommunistische Walze. Deshalb erlitt er eine recht derbe Abfuhr.

td. **Nur mit angezogenen Bremsen parken.** Vorgestern setzte sich ein Auto, dessen Führer ein Haus aufgesucht hatte, in Bewegung und fuhr die abschüssige Straße herunter. Das führerlose Auto fuhr glücklicherweise gegen einen Baum und richtete somit keinen größeren Schaden an.

td. **Beim Spielen den Arm gebrochen.** Ein Mädchen kam auf der Straße zu Fall und brach sich den Arm. Es war über einen Ball gestolpert.

td*. **Die Turn- und Sportvereinigung** veranstaltet am Himmelfahrtstage eine Wanderung. Abmarsch morgens 8 Uhr von der Turnhalle Pfingstanger.

Aus Quedlinburg

qr. **Die Parteiversammlung** am Freitag war sehr gut besucht. Genosse Groß gab einen ausführlichen Bericht vom Bezirksparteitag und schilderte nach dem Referat des Genossen Vogel die Stellungnahme der Reichstagsfraktion zu den verschiedensten aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen. Die Maifeier konnte angesichts der wirtschaftlichen Depression, in ideeller und auch in materieller Hinsicht befriedigen. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Mitgliederbewegung am Orte kann man als stabil betrachten. In der regen Aussprache, die dann einsetzte, wurde vor allen Dingen immer wieder betont, daß es unbedingt notwendig sei, die Disziplin innerhalb der Partei zu wahren. Die Arbeitslosenveranstaltungen bringen auch der Partei ideelle Vorteile, da die Besucher auch über politische Tagesfragen orientiert werden.

q*. **Freikka und Rotte der Wahrheit.** Heute 20 Uhr Sprechchor-Bühnenprobe im Gewerkschaftshaus.

qr. **Einen erstklassigen Varietee-Abend** veranstalteten gestern abend die Mitglieder der internationalen Artistenloge, die hier im Kaiserhof gastierten. Ein zahlreiches Publikum hatte sich dazu eingefunden und folgte gespannt dem guten Programm, das unter Leitung des bekannten Humoristen und Conferenziers Bruno Händel stand. Es steht zu erwarten, daß diese Abende öfter stattfinden, um so der Arbeiterschaft billige, aber gediegene Darbietungen zu bieten.

q*. **Das Gesicht unserer Stadt.** Man schreibt uns: Haben Sie noch niemals bemerkt, daß auch Städte genau wie die Menschen unterschiedliche Gesichter haben? Daß die eine finster, zurückhaltend, unfreundlich dreinblickend, während die andere mit einladendem Lächeln uns ihr freundliches Wesen dartut? Es ist schon so: Städte haben ihr eigenes, eigentümliches Wesen. Letzten Endes ist es ja nur die Spiegelung der Eigenart ihrer Bewohner. Wir sind uns wohl alle darüber einig, daß der Fremdenstrom, der alljährlich unsere Stadt berührt, für unser Wirtschaftsleben von ungemeiner Bedeutung ist. Unsere Stadt hat so viel Fenster, so viele Balkons, so viele Gärten vor den Häusern. Sollte man hier nicht mit Blumen ein klein wenig Farbe auftragen, mit grünen Tupfen das Grau der Straße beleben können? Ein Fensterkasten ist doch wirklich so teuer nicht, daß man ihn nicht beschaffen könnte! Und die paar Blumen? Auch sie sind als heimische Erzeugung wahrhaftig erschwinglich. Wer seinen Vorgarten einmal in Ordnung bringen läßt, kann selbst sehr wohl die Pflege dann weiter führen und wird an seinem eigenen Schaffen Freude haben. Das sind für den Einzelnen Kleinigkeiten. Doch in der Gesamtheit gestalten sie das Gesicht unserer Stadt, schaffen sie den Eindruck, den der Fremde als angenehm, als anheimelnd, als einladend empfindet. Wir richten deshalb die Bitte an alle unsere Mitbürger, in der vorgezeigten Weise mitzuwirken. Blumen verschönern das Stadtbild.

Mitteldeutsche Rundschau

Magdeburg gedenkt seiner Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg.

Magdeburg. Die über 1000 Jahre alte Stadt Magdeburg gedachte im Rahmen mehrerer feierlicher Veranstaltungen des Tages ihrer fast vollständigen Zerstörung im Dreißigjährigen Kriege am 10. Mai 1631. Der Auftakt der Gedenkfeiern bildete die Eröffnung der Ausstellung im Kaiser-Friedrich-Museum „Das alte Magdeburg", die am Sonnabend vormittag von Oberbürgermeister Beims in Anwesenheit von Vertretern der Regierung und der städtischen Behörden vorgenommen wurde. In ihrer Gesamtheit gibt die Ausstellung wertvolle Aufschlüsse aus der Magdeburger Leidenszeit während der Belagerung und aus der Zeit des späteren Wiederaufbaues.

Genossenschaftliches

Die GEG. im Jahre 1930.

Die Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg veröffentlicht jetzt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1930. Angesichts der außerordentlichen Schwere der Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr kann die Entwicklung bei der GEG. noch als sehr erfreulich bezeichnet werden. So verringerte sich der Gesamtumsatz von 501,3 auf 495,2 Millionen Mark, also nur um 1,22 Prozent. Der Gesamtumsatz von 1930 liegt damit immer um fast 12 Prozent über den Umsätzen des Jahres 1928. Der kleine Rückgang im letzten Jahr fällt weniger ins Gewicht, wenn die leider nicht unerheblichen Umsatzrückgänge bei einem Teil der Konsumvereine zum Vergleich herangezogen werden.

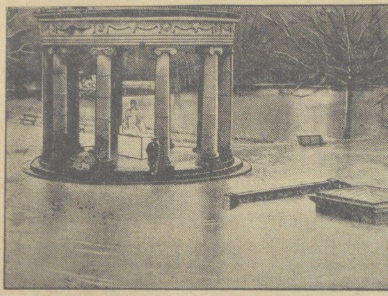
Der Umsatz der Produktionsbetriebe hat sich im letzten Jahr weiter gesteigert und stellte sich auf 27,79 gegen 24,7 Prozent. Dementsprechend hat sich der Handelsumsatz auf 72,2 Prozent des Gesamtumsatzes verringert. Der Anteil der Eigenproduktion stieg auf 137,6 Mill., was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um mehr als 11 Prozent bedeutet.

Die Eigenproduktion verteilt sich auf Lebens- und Genußmittel mit 103,3 Mill. (+ 13,08 Mill. Mark) auf Bedarfsartikel mit 29,1 Mill (+ 1,07 Mill. Mark) und auf Textilwaren mit 5,19 Mill. (— 0,42 Mill. Mark). Erfreulich ist bei dieser Entwicklung, daß auf den Kopf des Mitglieds der an die GEG. angeschlossenen Konsumvereine der Verbrauch an GEG.-Erzeugnissen von 39,09 auf 42,79 Mark gestiegen ist. Im gewissen Umfange waren natürlich auch die Produktionsbetriebe der GEG. von der schlechten Konjunktur abhängig. Es gelang jedoch, den Belegschaftsstand einigermaßen auf der Höhe des Vorjahres zu halten, so daß die am Jahresschluß beschäftigte Belegschaft mit 5410 Personen nur einen Rückgang gegenüber 1929 um 250 Personen aufweist. Tatsächlich liegt nicht nur keine Verminderung, sondern sogar eine Vermehrung des Personals vor. Das falsche Bild ist dadurch entstanden, daß die Tabakfabriken am Jahresschluß vorübergehend statt 1765 Personen, die noch am 24. Dezember arbeiteten, am Jahresende nur 422 Personen beschäftigten. Die Gründe, die zu der vorübergehenden Schließung der Tabakfabriken führten, liegen bei der neuen Tabaksteuererhöhung ab 1. Januar d. Js. Inzwischen hat die GEG. wesentlich früher als die Privatindustrie in gewissem Umfang die Produktion wieder aufnehmen und zur Wiedereinstellung eines Teiles der Arbeitskräfte schreiten können.

Bei den Spareinlagen ist naturgemäß, wie dies auch bei den Sparkassen allgemein festzustellen ist, der Zuwachs geringer geworden. So betrug der Spareinlagenbestand Ende 1930 bei den angeschlossenen Vereinen des Zentralverbandes 406 gegen 374 Mill. Mark. Der Zuwachs beträgt also 32 Millionen gegenüber 77 Mill. im vorhergehenden Jahr. An Gehältern und Löhnen wurden im Berichtsjahr 19,83 gegen 18,29 Mill. Mark im vorhergehenden Jahr ausgezahlt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310511-16/fragment/page=0007

Die Ueberschwemmungen in Süddeutschland.



Der überschwemmte Kurpark in Bad Homburg.

Das zerstörte Ufer der Oos bei Baden-Baden.

Ganz Süddeutschland ist durch Wolkenbrüche schwer heimgesucht worden, die furchtbare Ueberschwemmungen zur Folge hatten. Die angeschwollenen Flüsse und Bäche rissen Brücken und Stege fort und überschwemmten die Uferstraßen. Der Sachschaden geht in die Millionen.

Gewerkschaftliches

Verteuert das Nachtbackverbot das Brot?

Die Erhöhung des Brotpreises hat in der Oeffentlichkeit die Frage der Aufhebung des Nachtbackverbotes wieder aufgerollt. Die Interessentenkreise behaupten immer wieder, daß das Nachtbackverbot das Brot verteure. Besonders die Brotfabriken erklären, daß sie bei einer Dreischichtenarbeit das Brot wesentlich billiger herstellen könnten.

Wie der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter jetzt nachweist, treffen diese Behauptungen keineswegs zu. Das Brot wird noch zu 92 Prozent in Kleinbäckereien hergestellt. Die Gesamtproduktion an Backware betrug 1928 ca. 2,86 Milliarden Reichsmark. Am Gesamtumsatz sind Brotfabriken und Konsumvereine mit 312 Millionen Mark oder 11,6 Prozent beteiligt. Der Anteil der Betriebe, die für eine Dreischichtenarbeit in Betracht kommen, sind an dem Gesamt-Backwarenumsatz nur mit 190 Millionen beteiligt und nur mit 4,3 Prozent an der Groß-Brotproduktion. Von den 600 Konsumbrotbäckereien und Brotfabriken kommen nur 81 Betriebe für das Dreischichtensystem in Frage. Alle anderen Betriebe beschäftigen weniger als 20 Personen, die bei dem heutigen technischen Stand notwendig sind, um rationell arbeiten zu können. Würde man durch das Dreischichtensystem die Belegschaft je Schicht noch mehr verringern, so würde ein größerer Leerlauf eintreten, als heute durch die achtstündige Nachtruhe bedingt ist.

Auch von einer Verteuerung des Brotes durch das Nachtbackverbot kann keine Rede sein. Der Lohnanteil beträgt bei einem Brot nur 6—7 Prozent. Einschließlich Brennstoffverbrauch, Kraft, Reparaturen, Miete und Zinsen betragen die Herstellungskosten insgesamt 15 Prozent des Brotpreises. Es entfallen also bei einem Durchschnittsbrotpreis von 38,8 Pfennig je Kilogramm Brot, wie er vor der Erhöhung bestand, insgesamt 5,84 Pfennig auf die Herstellungskosten. Damit ist die Behauptung völlig entkräftet, daß der Brotpreis durch die Aufhebung des Nachtbackverbotes um 4—7 Pfennig gesenkt werden kann.

In den Betrieben, die für Dreischichtenarbeit in Frage kommen, sind nur 4239 Personen beschäftigt. Es liegt aber auf der Hand, daß den Kleinbetrieben die Nachtarbeit nicht vorenthalten werden kann, wenn sie den Großbetrieben zugestanden wird. Irgend eine Kontrolle der 100 000 Kleinbetriebe würde sich technisch gar nicht durchführen lassen, wenn diese sich das gleiche Recht wie die großen Betriebe herausnehmen würden. Es ist daher klar, daß jede Lockerung des Nachtbackverbots, jedes besondere Zugeständnis an eine kleine Zahl von Betrieben das Nachtbackverbot in Gefahr bringt.

Gegen die Aufhebung und auch nur gegen die Gefährdung dieses Verbotes legt der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter auf das schärfste Verwahrung ein; denn 250 000 Menschen wurden durch die Aufhebung des Verbots dazu verurteilt, ständige Nachtarbeit leisten zu müssen.

Fest in der Hand der freien Gewerkschaften.

In Frankfurt-Main sind bei den Betriebsrätewahlen in diesem Jahr die Feinde der freien Gewerkschaften bös heimgesucht worden. Wie fest die Betriebe in der Hand der freien Gewerkschaften sind, zeigt eine zusammenfassende Aufstellung über die Betriebsrätewahlen in Frankfurt. Aus 323 Betrieben mit 40 490 Beschäftigten liegen nunmehr die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen vor. Insgesamt wurden in Frankfurt 1255 Arbeiterratsmitglieder gewählt, davon gehören 1174, das sind rund 93 Prozent, den freien Gewerkschaften an, 22 den christlichen Gewerkschaften, 9 den Hirsch-Dunckerschen, 24 bekennen sich als Anhänger der RGO. (das sind 1,99 Prozent); 4 gehören sonstigen Richtungen an; darunter sind drei Nationalsozialisten. 17 Arbeiterratsmitglieder sind unorganisiert. Es gehören also von der Gesamtzahl der gewählten Arbeiterratsmitglieder nur 6,45 Prozent nicht zu den freien Gewerkschaften.

Abgelehnter Schiedsspruch für das Krankenpflegepersonal. Der in der Streitsache über den Abschluß eines neuen Bezirkslohntarifvertrags und über eine Neuregelung der Löhne für das Personal der Kranken-, Heil- und Pflege-, Fürsorge und ähnlichen Anstalten Mitteldeutschlands am 28. 4. 31. gefällte Schiedsspruch der tariflichen Bezirksschiedsstelle ist vom Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, Bezirk Mitteldeutschland, Magdeburg, und danach auch seitens des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes öffentlicher Verwaltungen und Betriebe, Magdeburg, abgelehnt worden. Die Streitsache wird nunmehr die tarifliche Berufungsinstanz, den Zentralausschuß für Arbeitertarifsachen der Gemeinden und Gemeindeverbände, Berlin, beschäftigen.

Der Manteltarifvertrag der Angestellten der Arbeitsämter ist von der Reichsanstalt bereits im Dezember gekündigt worden. Die Gewerkschaften haben der Anstalt zu dem von ihr ausgearbeiteten Entwurf dieser Tage ihre Gegenvorschläge überreicht. Die Verhandlungen werden am kommenden Mittwoch fortgesetzt.

Wirtschaft und Handel

Marktberichte.

Berliner Getreidebörse vom 9. Mai.

	8. Mai (ab märkische Station in Mark)	9. Mai
Weizen	—.— bis —.—	—.— bis —.—
Roggen	193.— bis 195.—	193.— bis 195.—
Braugerste	—.— bis —.—	—.— bis —.—
Futter- und Industriegerste	230.— bis 244.—	230.— bis 244.—
Hafer	197.— bis 201.—	198.— bis 202.—
Weizenmehl	33.75 bis 39.75	33.50 bis 39.50
Roggenmehl	26.75 bis 28.50	26.75 bis 28.50
Weizenkleie	14.25 bis 14.50	14.25 bis 14.50
Roggenkleie	14.75 bis 15.00	14.75 bis 15.00

Buttermarkt. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 9. Mai: 1. Sorte 120 Mark, 2. Sorte 112 Mark, 3. Sorte 98 Mark, je Zentner. Tendenz: ruhig. (Preise unverändert.)

Sämereien-Wochenbericht
d. Firma A. Metz & Co. Nachfolger G. m. b. H. Berlin.

Wir notieren heute freibleibend für seidefreie Saaten mit hohen Gebrauchswerten je nach Qualität für 50 kg ab Groß-Berlin zur sofortigen Lieferung, in Reichsmark:

Rotklee	Mk.	64.00— 82.00	ital. Raygras	Mk.	32.00— 36.00
Schwedenklee	„	62.00— 73.00	Timothee	„	39.00— 56.00
Luzerne	„	62.00—108.00	Kammgras	„	98.00—113.00
Esparsette	„	32.00— 33.00	Glatthafer	„	125.00—136.00
Weißklee	„	102.00—140.00	Wiesenrispengras	„	188.00—200.00
Gelbklee	„	35.00— 40.00	Gemeine Rispe	„	150.00—155.00
Wundklee	„	55.00— 73.00	Lupinen, gelbe u. blaue		z. Tagespr.
Wiesenschwingel	„	62.00— 74.00	Seradella, Wicken		
Fioringras	„	125.00—140.00	Peluschken		z. Tagespr.
engl. Raygras	„	30.00— 41.00			

Aus dem Leserkreise

Impfen in Halberstadt.

Die Impftermine der Kinder sind jetzt heran. Manche Mutter ist in Sorge, weil auch hier vom Staat ein Zwang ausgeübt wird, dem Kinde Giftstoffe einspritzen zu lassen. Nicht genug damit, sondern man soll auch fühlen, daß man Proletarier ist und sich einen Arzt auf eigene Kosten nicht leisten kann. In der Volksschule I, herrscht vom diensttuenden Arzt gerade kein freundschaftlicher Ton. Barsch und grob werden die Kleinen behandelt. Ausdrücke wie, „das nächste Dutzend ran" zeigen, daß das Impfen hier „Massenarbeit" ist. Ob es hygienisch ist, unsaubere und saubere Kinder zu behandeln, ohne sich inzwischen die Hände zu reinigen, sei auch dahingestellt. Im Dienst der Volksgesundheit tut hier dringend Abhilfe not.

Mehrere Mütter.

Sport

Kraftradfahrt im Harz. Die Dreitagefahrt für Motorräder im Harz, der große Wettbewerb des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs (ADAC) hat eine hervorragende Besetzung gefunden. Deutschlands beste Fahrer auf durch viele Siege bekannten deutschen Motorrädern und auf renommierten Auslandsfabrikate werden in dieser Zuverlässigkeits- und Regelmäßigkeitsprüfung um den Sieg streiten. Um Unfälle zu vermeiden, ist den ADAC-Harzfahrt-Teilnehmern unbedingt der Weg freizugeben, selbst wenn es sich um schmale Fußsteige handelt. Besonders interessant ist auch diesmal die starke Anteilnahme von Reichswehr und Schupo an diesem größten deutschen Motorrad-Zuverlässigkeitswettbewerb. Nicht weniger als 33 Angehörige der Reichswehr meldeten sich und 30 Angehörige der Schupo. Bis zum 1. Nennungsschluß lagen bereits 113 Meldungen vor. — Streckenführung: 1. Tag: Vormittag ca. 131 km: Start: Schierke — Barenberger Rodelbahn — Wasserdurchfahrt an Straße Elend—Braunlage—Wurmberg über Nebenwege nach Forsthaus Oderhaus, von dort Richtung St. Andreasberg durch Breitenbeektal, Sperrluttertal, Siebertal-Forsthaus Schluft, Ackerstraße. Schwierige Geländestrecken in dem Gebiet unterhalb der Ackerstraße—Sieber—Tiefenbeekstal—Herzberg und zurück nach Sieber über Knöterskopf nach Ackerstraße, von dort über Osterrode nach Bad Grund. — Bad Grund 2 Stunden Zwangspause. — Nachmittags (ca. 134 km) Start BadGrund—Hübichenstein—Spinne—Keller—Seesen—Lautenthaler Rodelbahn—Clausthal—Kalbethal—Torfhaus — Stieglitz-Ecke, Geländestrecken am Acker—Oderteich—Dreieckiger Pfahl—Ilsetal—Brockenbett—Elender Rodelbahn—Schierke. — 2. Tag. Vormittag (ca. 200 km): Start Schierke, Elender Rodelbahn abwärts — Brockenbett—Ilsetal—Oderteich—Forsthaus — Oderhaus — Lange Steiger—Stöberhai—Wieda—Beneckenstein durch Gelände nach Ilefeld—Stolberg—Stiege — auf Nebenwegen südlich der Viktorshöhe nach Forsthaus Sternhaus—Alerisbad—Harzgerode durch Geländestrecken nach Selketal nach Gernrode. — Zwangspause. — Nachmittag (ca. 144 km): Gernrode—Suderode—Herenranzplatz Chaussee—Thale—Thaler Rodelbahn über Nebenwege nach Rübeland—Hasselfelde—Heimburg über Hunwald nach Dingelstedt—Abbenrode (Wasserdurchfahrt) Ilsetal—Brockenbett—Elender Rodelbahn nach Schierke. — 3. Fahrtag. Vormittag (ca. 96 km): Schierke—Elender Rodelbahn—Brockenbett—Ilsetal—Dreiecker Pfahl nach Wurmberg—Lange Steiger abwärts — Forsthaus Oderberg—Schluft—Geländestrecken am Acker — Sieber — Bad Lauterberg. — Zwangspause. Nachmitag (ca. 96 km): Bad Lauterberg nach Herzberg — Sieber — Geländestrecken am Acker — Ilsetal — Brockenbett — Anfahrprüfung Elender Rodelbahn — Mindestgeschwindigkeitsprüfung nach dem Brocken.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Halberstadt. Am Dienstag, den 12. Mai, 20 Uhr, treffen sich sämtliche Festausschußmitglieder, sowie diejenigen Erwerbslosen, die Helferdienste beim Strandfest am 16. Mai übernehmen wollen, bei Otto Bollmann. Kein Trinkzwang.

Halberstadt. Am Donnerstag (Himmelfahrt) findet ein Ausmarsch der hiesien Ortsgruppe nach dem Huy statt. Antreten 7.45 Uhr bei O. Bollmann. Da der Ausmarsch mit keinen großen Unkosten verknüpft ist, wird erwartet, daß sich möglichst viele Kameraden und deren Angehörige an dem Ausflug nach unserem schönen Huy beteiligen. Anzug grünes Hemd.

Wernigerode. Schufo und Jungbanner. Dienstag, 20 Uhr treten sämtliche Schufomannschaften mit dem gesamten Jungbanner im Monopol an. Punkt 20 Uhr erfolgt der Abmarsch.

Sozialdemokr. Partei Deutschlands
Ortsgruppe Halberstadt
Parteisekretariat Halberstadt, Domplatz 48, Tel. 2591

Jungsozialisten Halberstadt. Dienstag abend Zusammenkunft bei Otto Bollmann.

Jugendbewegung

Kinderfreunde.

Zeltlager zu Pfingsten.

Unser Zeltlager ist wieder gemeinsam mit der S. A. J. in Hasselfelde. Da die Beteiligung der Kinderfreunde in diesem Jahre wesentlich stärker geworden ist, hielten wir es für richtig, ein Dorf für die Kinder allein zu bilden. Durch dieses Auseinanderhalten von Kindern und Jugendlichen können den Interessen dieser beiden Altersgruppen besser Rechnung getragen werden. Das Programm sieht nun folgendes vor:

Anfahrt: Sonnabend, den 23. Mai. Eröffnung des Lagers. Aufziehen der Fahne um 16 Uhr. Für den Nachmittag ist noch eine gemeinsame Probe unseres Sprech- und Bewegungschors. Lernt alle das Lied: „Marsch, marsch im gleichen Schritt." Am Abend ist ein lustiges Kinderfest. Hierzu hat jede Gruppe etwas beizutragen.

Sonntag. 6 Uhr Wecken, dann Gymnastik, Waschen, Kaffeetrinken, gemeinsamer Arbeitsdienst. Im Anschluß hieran Spielen und Baden bis mittag. Nach der Mittagspause gehen wir geschlossen mit der S. A. J nach Hasselfelde zur Kundgebung. Zu dieser Kundgebung wirken wir mit dem Sprech- und Bewegungschor. Die übrige Zeit bis zum Abend gehört dem Spiel. Auch dieser Tag schließt mit einem „Bunten Abend" ab.

Der Montag ist, nach der gemeinsamen Arbeit, dem Spiel und Sport gewidmet. Es werden Handballspiele ausgetragen, ein Geländespiel und anderes mehr. Im Laufe des Tages findet auch ein Lagerparlament statt, zu dem der Gen. Neddermeyer anwesend sein wird. Ferner ist für den Nachmittag der Zirkus „Fettfleck" engagiert. Sein Gastspiel ist unendlich. Erwachsene mit Kindern zahlen nichts, Kinder die Hälfte.

Der Dienstag gilt dem Abbau des Lagers. Um 14 Uhr wird die Fahne eingezogen und die Gruppen rüsten zur Abfahrt. Die **Gesamtleitung des Lagers** hat der Gen. Fr. Müller, die techn. Angelegenheiten der Gen. W. Wegener, beide in Halberstadt. Für das Wirtschaftliche sind die Genossin M. Engel-Quedlinburg und der Gen. G. Beesch-Blankenburg verantwortlich.

Der Teilnehmerbeitrag beträgt 1,50 Mark. Wir geben dafür, dreimal Mittagessen, Kaffee, Tee, Kakao. Brot und Zubrot müssen sich die Kinder selbst mitbringen. Es wäre ratsam, wenn jeder Falke ein ganzes Brot mitbringt. Ferner muß jeder noch haben: Ein Hemd für die Nacht, Schlafdecke, Handtuch, Seife, Zahnbürste, Badehose und Eßgeschirr.

Jede Gruppe muß sofort die billigste Fahrmöglichkeit ausfindig machen. Meldet sofort eure Teilnehmer! Der Beitrag von 1,50 Mk. muß spätestens beim Antritt des Lagers bezahlt werden. Nachzahlungen erhöhen den Betrag.

Wir haben die Möglichkeit eine K. F.-Beilage im „Harzer-Echo" zu bekommen; Artikel hierzu müssen bis zum 18. Mai an den Gen. Gustav Beesch, Blankenburg, Husarenstraße 13, gesandt werden. Nun rüstet und kommt!

Freundschaft!

Arbeitsgemeinschaft „Harz" der Kinderfreunde.
W. Wegener.

Rote Falken Halberstadt. Alle Kinder sind am Dienstag bei den Jungfalken. Wir wollen unseren Bewegungschor üben.

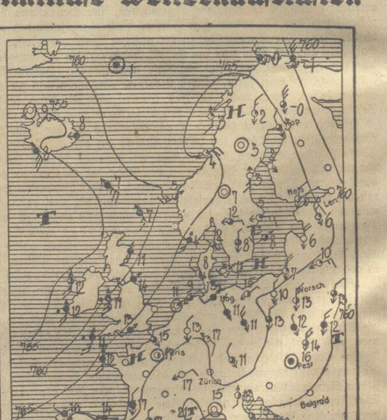
Arbeitsgemeinschaft Harz der Kinderfreunde. Alle Helfer gehen am Mittwoch auf Nachtfahrt. Treffpunkt ist das Landesjugendheim der S. A. J. in Hasselfelde (Zeltlagerplatz). Für Uebernachtung werden 20 Pfg. erhoben. Wir müssen über Zeltlagerfragen sprechen. Keine Ortsgruppe darf fehlen. Wer ein Rad besitzt, fährt per Rad.

Arbeiterkinderfreunde Quedlinburg. Unser Probelager zu Pfingsten findet nun bestimmt bei Hasselfelde statt. Es dauert von Pfingstsonnabend bis Dienstag. An diesem Probelager sollen sich alle Jungen und Mädel beteiligen. Wir fahren Pfingstsonnabend früh oder mittag ab und kommen Dienstag nachmittag wieder. Ihr kriegt im Lager zu trinken und Mittagbrot. Müßt also Brot und Zubrot für Frühstück und Abendbrot mitbringen und dann noch für das andere als Teilnehmerbeitrag 1,50 Mark. Fahrgeld kostet außerdem noch 1 Mark. Jeder muß mit ins Probelager. Ihr müßt sofort eurem Gruppenleiter sagen, wer mitfährt. Bis spätestens Sonntag, den 17. Mai muß jeder Bescheid gesagt haben, ob er mit kann oder nicht Spart zum großen Lager.

Freie Gewerkschaftsjugend.

Metallarbeiterjugend Thale. Am Mittwoch, den 13. Mai, um 19 Uhr muß alles zum Heimabend im Hüttenspeisesaal erscheinen, dortselbst Aussprache zum Jugendtreffen in Halberstadt. Mundharmonika nicht vergessen.

Amtliche Wetternachrichten



ERKLÄRUNG: ○ wolkenlos, ◔ heiter, ◑ halbbedeckt, ◕ wolkig, ● bedeckt, • Regen, * Schnee, ∞ Dunst, ≡ Nebel, R Gewitter, △ Graupeln, ▲ Hagel, ◎ Stille, —○ leicht, —○ mässig, —○ stark, —○ stürmisch. Die Linien (Isobaren) verbinden die Orte mit gleichem Luftdruck (z.B.: ●2) = SW stark, wolkig, Regen, 2 Grad Celsius.

Voraussichtliche Witterung bis 12. Mai abends.

Der Kälterückfall hat seinen Höhepunkt erreicht. Die kalten Luftmassen fließen jetzt mehr dem östlichen Kontinent zu. In Mitteleuropa kommt dagegen die nördliche Luftströmung zum erliegen, da ein von Westen herankommendes neues Tief den westlichen und mittleren Teil des Festlandes immer mehr gegen das Polargebiet abriegelt. Das Tief wird die Winde auch in unserem Gebiet auf südliche Richtung einstellen, so daß die kalten Luftmassen wieder nach Norden zurückfluten. Die Wolkendecke wird dabei teilweise zur Auflösung gelangen, und die Temperatur wird ansteigen.

Aussichten: Bei südlichen Winden zeitweise aufheiternd und wärmer werdend, keine oder nur vorübergehend geringe Niederschläge.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310511-16/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Woltenbuhr, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Reklame u Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2318). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 108 — Montag, den 11. Mai 1931 — 6. Jahrgang

Pläne für Genf.

Curtius antwortet auf die letzte Kammerrede Briands.

Das deutsch-österreichische Zoll-Unions-Projekt wird im Laufe dieser und der nächsten Woche im Mittelpunkt der Genfer Beratungen stehen. Zwar beginnt die Ratstagung erst in der nächsten Woche. Curtius und sein Stab aber reisen schon am Mittwoch nach Genf, um Vorberatungen zu pflegen.

Reichsaußenminister Curtius hat nun am Sonnabendabend gleich die Gelegenheit ergriffen, um auf die Kammerrede Briands vom Freitag zu antworten. Auf einem Bankett der ausländischen Presse, bei der auch die Mitglieder des diplomatischen Korps anwesend waren, ging Curtius auf die deutsch-österreichische Zoll-Union ein.

Zunächst sprach der Minister über die Aufgaben der Presse und die Behandlung der öffentlichen Meinung. Der Kern der journalistischen Arbeit, so führte der Minister aus, bestehe darin, sich an das Tatsächliche zu halten. Das gelte auch für die deutschösterreichische Zollunion. Sachliche Erwiderungen auf die Rede Briands in der französischen Kammer und auf die Ausführungen Beneschs behielt sich Dr. Curtius für die Genfer Beratungen vor.

Die Vorwürfe über die Form des Vorgehens der deutschen und österreichischen Regierung bei der Veröffentlichung des Planes wies er, wie schon in seiner Reichsratsrede, erneut zurück. Er begrüßte Briands Hinweis auf den

rein wirtschaftlichen Charakter

des deutsch-österreichischen Planes. Die wirtschaftlichen Nöte, die Oesterreich getrieben hätten, seien von dem österreichischen Vizekanzler in den letzten Tagen eingehend dargestellt worden. Deutschland stände unter der Geißel der fürchterlichsten Arbeitslosigkeit und dem Druck schwerster Reparationen.

Für unsere Arbeit, Markterweiterung sei das Ziel, das wir anstrebten. Die Auffassung, daß wir Machtpolitik mit unserem Plan verfolgten, zeuge von völliger Verständnislosigkeit für die Lage der Volkswirtschaft der beiden Länder. Die Unabhängigkeit Oesterreichs werde durch die Verfassung der Zollunion nicht beeinträchtigt. In welchen Punkten eine Verletzung der Verträge und des Genfer Protokolls vom Oktober vorläge, sei von den Gegnern des Planes nicht erörtert worden. Natürlich gehe es nicht an, die Rechtsfrage durch Erwägungen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und politischer Wünsche zu verdunkeln. **Die Delegation werde ebenso wie die österreichische in Genf alle anderen Vorschläge und alle umfassenden Pläne für die Sanierung der europäischen Wirtschaft begrüßen,** und sich an solchen Arbeiten intensiv beteiligen. Er habe wiederholt seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß neben regionaler Verständigung zusammenfassende Pläne für zentrale Aufgaben erwünscht seien. Er bedauere nur, daß das französische sog. Gegenprojekt der deutschen Regierung nicht auch bereits zugänglich gemacht wäre wie offenbar den Regierungen der Frankreich besonders nahestehenden Länder.

Deutschland sei auf das stärkste an einem friedlichen Ausgleich aller Spannungen, einer Hebung der Wirtschaftslage in der ganzen Welt und einer fortschrittlichen gleichberechtigten Entwicklung der Völker interessiert.

Gutes Echo aus Paris.

„Die Tür steht offen zu Verhandlungen".

Paris, 11. Mai. Die Rede des deutschen Reichsaußenministers Dr. Curtius, besonders die darin ausgesprochene Bereitschaftserklärung, daß Deutschland in Genf jeden Gegenvorschlag mit Wohlwollen prüfen werde, wird in der französischen Presse außerordentlich günstig aufgenommen. Lediglich einige nationalistische Zeitungen äußern sich weiterhin aggressiv.

Die „Paris Midi" begrüßt die Aussicht auf eine Verschmelzung der Zollunion mit dem Projekt Briands als „Silberstreifen am Horizont". Und sogar die nationalistische „Liberte" erklärt: „Die Tür steht offen zu Verhandlungen, die vielleicht schon zwischen den Kanzleien begonnen haben. Man muß sich ohne Reserve über die glückliche Aenderung freuen, denn die Genfer Tagung wird vielleicht doch die engültige Bildung der Europa-Union bringen."

Briands Plan.

Eine englische Darstellung.

Der Pariser Korrespondent des „Evening Standard" meldet, er sei in der Lage, die autoritativen Grundlinien des Planes mitzuteilen, den Briand am 15. Mai in Genf dem Völkerbundsrat unterbreiten werde, um den Plan der deutschen Regierung für eine österreichisch-deutsche Zollunion zu ersetzen.

Frankreich sehe den deutschen Plan als einen Schritt zum Anschluß Oesterreichs an Deutschland an, der nach Ansicht der französischen Politiker unvermeidlich zu gefährlichen Verwicklungen mit den Nachbarn Deutschlands und den Alliierten Frankreichs führen müsse. Briands Plan wolle die Errichtung der „Vereinigten Staaten von Europa".

Der Plan bestehe aus zwei Teilen: einem landwirtschaftlichen und einem industriellen: Unter der

landwirtschaftlichen Vereinbarung

würden sich die industriellen Staaten, nämlich Deutschland, Frankreich, Belgien, die Tschechoslowakei, Italien u. möglicherweise Großbritannien bereit erklären, den Ueberschuß an Getreide der Landwirtschaftsstaaten, nämlich Ungarns, Rumäniens, Jugoslawiens, Bulgariens und Polens, aufzunehmen, wobei das Getreide diesen Ländern gemäß ihrer Aufnahmefähigkeit unter einem Präferenztarifsystem zugewiesen werde. Es werde behauptet, daß der Ueberschuß dieser europäischen Getreideländer nicht so beträchtlich sei, daß er die Ueberseegetreideexportländer, wie Kanada, die Vereinigten Staaten oder Argentinien, ernstlich in Mitleidenschaft ziehen würde. Als besondere Zugeständnisse an diese Ueberseeländer sollen die europäischen Landwirtschaftsstaaten ersucht werden, ihre Tarife für gewisse Fertigwaren herabzusetzen.

Die industriellen Vorschläge

Severing in Wiesbaden.

Im Theater der Zehntausend, dem Festplatz im Eichenwald, fand am Sonntag eine große republikanische Kundgebung statt mit Minister Severing als Redner, dem man einen stürmischen Empfang bereitete. Nach dem Einmarsch des Reichsbanners wurde die von der Jungmannschaft getragene riesige Reichsflagge im Mittelpunkt der Arena gehißt. Severing erinnerte an den 10. Mai vor 60 Jahren, an dem man in Frankfurt den Frieden mit Frankreich unterzeichnete. Auch heute feierten die Republikaner ein Friedensfest, denn sie seien überzeugte Friedensfreunde. Dem Frieden von damals gegenüber könne der Vertrag von Versailles nicht als Friedensvertrag anerkannt werden, nur als ein Diktat. Die innerpolitischen Gegner der Republik wiesen mit Unrecht zum Vergleich auf die Staatsmänner von damals hin, denen es gelang, die inneren Verhältnisse zu konsolidieren und die deutsche Wirtschaft zum Blühen zu bringen. Die Staatsmänner von heute würden mit der Kriegsentschädigung und ohne die unpopulären Steuern etwas ganz anders geschaffen haben als damals Bismarck. (Starker Beifall.) Es gebe keinen Retter, nur das Volk selbst müsse es sein, das Volk müsse aufbauen. Man gehe in den Kampf um Preußen ehrlich und mit offenem Visier; man scheue einen leidenschaftlichen Kampf mit einem ehrlichen Gegner nicht. Aber die Nationalsozialisten trügen eine Maske und hätten mit ihrem Dienst für Junker und Fürsten es verwirkt, im Arbeiterlager als ehrliche Gegner der Marxisten eingeschätzt zu werden. Die Republikaner hätten den Glauben an die Zukunft, der in diesem Kampf mit ihnen sei. Der fehle den Gegnern.

Mit einem Appell an die Republikaner zur unbedingten Einigkeit schloß der Minister unter großem Beifall seine Rede. Die Kund-

Das Polizeiverwaltungsgesetz.

Von Ernst Hamburger, M. d. R.

Der Preußische Landtag hat in der Nacht von Freitag zu Sonnabend die Beratung des Polizeiverwaltungsgesetzes in zweiter Lesung beendet. Das Gesetz bringt nicht, wie die Kommunisten glauben machen wollen, eine „ungeheuerliche Verstärkung der Polizeigewalt in Preußen". Es ist, wie die folgende sachliche Darstellung erweisen wird, im wesentlichen ein Verwaltungsgesetz, in dem die Organisation der Polizeibehörden und die Mittel geregelt werden, deren sie sich gegenüber dem Publikum zu bedienen haben; weiter werden die Rechtsmittel des Publikums gegen diese Maßnahmen und die allgemeinen Grundsätze festgelegt, die bestimmen, welche Beschränkungen sich der einzelne im Interesse der Gesamtheit durch die Polizei gefallen lassen muß.

Natürlich gibt es für alle diese Dinge bereits Bestimmungen, die in Gesetzen und Verordnungen niedergelegt sind. Aber das preußische Polizeirecht ist mit einem überaus ehrwürdigen Alter in die Republik übernommen worden. Erst kürzlich hat der Landtag eine Anzahl von Polizeistrafgesetzen aufgehoben, die bis ins 16. Jahrhundert zurückreichten und nichts destoweniger von einem Kammergericht in einzelnen Bestimmungen noch für gültig erklärt worden sind, sodaß tatsächlich der Gesetzgeber selbst mit diesem Unfug aufzuräumen genötigt war. Auch in dem Polizeiverwaltungsgesetz werden Bestimmungen zusammengefaßt, die sich über fast 150 Jahre erstrecken. Vom Allgemeinen Landrecht von 1794 an, über Gesetze und Verordnungen, die sich durch das ganze 19. Jahrhundert durchziehen bis zu Sonderregelungen, die kurz vor dem Kriege erlassen worden sind, ist das geltende Polizeirecht meithin zersprengt und zerstreut. In ihm sich zurechtzufinden, ist für den Professor des Rechts mühsam, für den Rechtsstudenten eine Last, für den Polizeibeamten eine Qual und für den Staatsbürger eine Unmöglichkeit.

Das Polizeiverwaltungsgesetz will durch die Sammlung des geltenden Polizeirechts auf den oben genannten Gebieten die Rechtsunsicherheit beseitigen, die durch diese Zustände entstanden ist und gleichzeitig mit dem Wust überholter Bestimmungen aufräumen. Die Schaffung größerer Rechtssicherheit dient nicht so sehr den einzelnen Polizeiorganen wie denjenigen, die mit ihnen in Berührung kommen. Denn Rechtsunsicherheit schädigt immer den Schwächeren und das ist gegenüber dem Staate der Einzelne oder sind Gruppen von Einzelnen in ihren Beziehungen zu staatlichen Organen. Deswegen hat auch die Arbeiterschaft an dieser Sammlung und Sichtung des Rechts ein lebhaftes Interesse.

Bei der Schaffung eines solchen Gesetzes darf nie vergessen werden, daß es voraussichtlich für eine lange Dauer Geltung haben wird. Wenn dieses Polizeiverwaltungsgesetz im Landtag angenommen sein wird, so wird es vermutlich Machtverhältnisse überdauern, wie sie heute in Preußen und Machtverhältnisse wie sie im Reiche bestehen, und wird manche wechselnden Perioden politischer Machtverteilung an sich vorüberziehen sehen. Die Sozialdemokratie in Preußen wäre also schlecht beraten gewesen, wenn sie das Gesetz allein auf die Tatsache hätte abstimmen wollen, daß zur Zeit der Preußische Ministerpräsident, der Preußische Minister des Innern und eine Reihe von Trägern der Polizeigewalt in den Bezirken und Ortspolizeibehörden Sozialdemokraten sind. Die Sozialdemokratie war zwar entschlossen, der Polizeigehalt für normale Zeiten ausreichende, aber nicht übertriebene Befugnisse zu geben; für außergewöhnliche Zeiten sind ja, wie wir es jetzt erleben, reichsrechtliche Erweiterungen in wahrhaftig nicht geringem Maße möglich. Die Sozialdemokratie hat daher auch den Gedanken der Sicherung der Freiheit des Einzelnen gegen Uebergriffe der Polizei bei der Gestaltung des Gesetzes sehr stark betont.

An wichtigen neuen Bestimmungen bringt das Gesetz vor allem eine starke Einschränkung des Polizeiverordnungsrechts. Preußen war noch bis vor kurzem mit einem engmaschigen Netz von Polizeiverordnungen überzogen, deren Zahl von Sachkennern vor einigen Jahren auf 1 Million geschätzt wurde. Hier hat schon im Verwaltungswege das Ministerium des Innern kurzer Hand alle über 30 Jahre alten Verordnungen außer Kraft gesetzt. Das Gesetz nimmt in Zukunft den kleinen Polizeiverwaltern in Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern das Polizeiverordnungsrecht überhaupt, sodaß in Zukunft nur noch etwa der 10. Teil der bisherigen Polizeiverwalter Verordnungen erlassen dürfen. Dem Uebermaß an unnötigen und schikanösen polizeilichen Vorschriften wird dadurch ein Ende bereitet werden. Nach dem Gesetz sollen Polizeiverordnungen kurz befristet sein, sie dürfen nicht über 30 Jahre alt werden.

Für die Uebertretung von Polizeiverordnungen wird in Zukunft ein „Zwangsgeld" festgesetzt. Das Polizeiunrecht, das dadurch geahndet wird, ist nicht das gleiche, wie ein kriminelles Unrecht. Wer in Zukunft wegen Uebertretung einer Polizeiverordnung bestraft wird, hat zunächst das Recht der Beschwerde bei der übergeordneten Instanz und das Recht der Klage gegen diese beim Bezirksausschuß und der Revision beim Oberverwaltungsgericht. Das bisherige umständliche Verfahren mit mehreren Beschwerden — und mehreren Klagestellen ist beseitigt. Polizeiliche Strafverfügungen können also nicht mehr zu Vorstrafen führen. Die Zahl der wegen Lappalien Vorbestraften wird sich damit erheblich vermindern. Auch eine bedeutende Entlastung der Gerichte, eine kleine Justizreform wird damit geschaffen.

Der Landtag hat an dem Gesetzentwurf eine Reihe von Verbesserungen vorgenommen. Er hat die Rechte der Kommunen gegenüber der Polizei an einzelnen Punkten gestärkt, die Strafhöchstgrenzen für das Zwangsgeld und die Zwangshaft herabgesetzt; er hat besonders auch die Bestimmung des Gesetzentwurfs begrüßt, daß die Zwangshaft, wenn das Zwangsgeld nicht beizutreiben ist, durch Arbeit für eine Gemeinde oder einen Gemeindeverband abgewendet werden kann; dem Unfug der kurzen Freiheitsstrafen soll

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919310511-16/fragment/page=0009